Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluß: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 49 — Sonnabend, den 8. Dezember 1928 — 32. Jahrgang

Tagung des Reichstarifamtes für das Steinsetzgewerbe

Am 19. November fand in Berlin unter dem Vorsitz des Arbeitsgerichtsdirektors Dr. Depéne eine Reichstarifamtssitzung statt. Vor Eintritt in die Verhandlung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Kollegen Schencke warme Worte ehrenden Gedenkens. An Stelle des Kollegen Schencke tritt der Gauleiter Taege-Berlin und an Stelle des Arbeitgeberbeisitzers Dr. Hoppen-Kassel Obermeister Arlt-Halle in das Reichstarifamt als Beisitzer ein.

Anläßlich eines Falles in Magdeburg mußte sich das Reichstarifamt mit der Auslegung des § 4 Abs. 3 (Wechselschichten) beschäftigen. In diesem Falle wurde in Magdeburg Straßenbahnarbeit, die von 22 Uhr bis 6 Uhr stattfand, als Wechselschicht angesehen, ohne daß überhaupt ein Schichtwechsel in Frage kam. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen: „Das Vorliegen von Wechselschichten ist nur dann gegeben, wenn die Schichten sich auf der gleichen Baustelle ablösen." In Magdeburg war dies nicht der Fall.

Eine umfangreiche Aussprache fand über die Auslegung des Begriffes Steinsetzhilfsarbeiter statt. Bekanntlich hatte in diesem Jahre das Arbeitsgericht Helmstedt der in dem Reichstarifvertrage gegebenen Definition des Begriffes Hilfsarbeiter eine Auslegung gegeben, die den Anlaß zu großen Verwirrungen in der Bezahlung der Steinsetzhilfsarbeiter gegeben hat. Der Reichstarifvertrag sagt:

„Als Steinsetzhilfsarbeiter ist der Arbeitnehmer zu betrachten, der länger als drei Monate im Gewerbe und bei der Herstellung des Planums, der Herstellung der Pflasterunterbettung, der Verlegung von Bordschwellen, beim Plattenlegen und beim Steinetransport auf der Baustelle beschäftigt ist."

Das Arbeitsgericht Helmstedt spricht in seinem Urteil aus, daß der höhere Lohn des Steinsetzhilfsarbeiters erst gezahlt zu werden braucht, wenn der betreffende Arbeiter alle die im Reichstarifvertrag vorgesehenen Tätigkeiten des Steinsetzhilfsarbeiters ausführte. Weil nun der Kläger monatelang nur mit Planarbeiten beschäftigt war, sollte ihm der höhere Steinsetzhilfsarbeiterlohn nicht gezahlt werden. Eine Anschauung, die zum Schaden der Steinsetzhilfsarbeiter von vielen Unternehmern aufgegriffen wurde. Nach sehr langer Verhandlung wurde dann nachstehender Beschluß des Reichstarifamtes gefaßt:

„Steinsetzhilfsarbeiter sind diejenigen Arbeiter, welche die in der Protokollnotiz 1 des Reichstarifvertrages vorgesehenen Arbeiten während der Gesamtdauer eines Vierteljahres in einem Steinsetz- und Straßenbau insgesamt oder doch in dem Umfange geleistet haben, welche die örtlichen oder besonderen Verhältnisse des betreffenden Betriebes zulassen. Bei Straßenneubauten sind Planumsarbeiten solche Arbeiten, welche nach der eigentlichen Auskofferung die endgültige profilmäßige Herstellung des Planums zum Gegenstand haben."

Im weiteren wurde im Hinblick auf eine grundsätzliche Entscheidung einer Bestimmung des Reichstarifvertrages durch ein Landestarifamt festgelegt, daß nur das Reichstarifamt zur Entscheidung grundsätzlicher Fragen aus dem Reichstarife berufen ist.

Eine Aussprache wurde von Arbeitnehmerseite in der Richtung der Schaffung von Tarifverträgen für den neuzeitlichen Straßenbau angeregt. Es wurde ausgeführt, daß der Reichsverband für das Steinsetzgewerbe seine Mitglieder zu wiederholten Malen darauf hingewiesen hat, daß sie sich den neuzeitlichen Straßenbauweisen ebenfalls zuwenden müßten. Auf Grund dessen hat sich schon ein Teil der Steinsetzfirmen diesem neuen Arbeitszweige zugewandt. Angesichts dieses ist aber festzustellen, daß eine tarifvertragliche Regelung für diese Arbeiten nicht besteht. Es ist darum notwendig, daß für die gesamten neuzeitlichen Straßenbauweisen, die zudem auch von den Arbeitgebern des Tiefbaugewerbes der Teer- und Asphaltindustrie ausgeführt werden unter Mitwirkung des Deutschen Baugewerksbundes und des Steinarbeiterverbandes auf der einen und des Reichsverbandes für das Steinsetzgewerbe und des Reichsverbandes für das Tiefbaugewerbe usw. auf der anderen Seite, ein gemeinsamer Tarifvertrag für die Teer- und Asphaltstraßenbauten einschließlich der Betonstraßen- und Chausseebauten abgeschlossen wird. Der Steinarbeiterverband hat dem Baugewerksbund seine Bereitwilligkeit und seine Mitarbeit zur Schaffung dieses Vertrages ausgedrückt. Eine Notwendigkeit zur tariflichen Regelung liegt ohne weiteres vor. Von Arbeitnehmerseite wurde entgegnet, daß dieser Plan von den Arbeitgeberbeisitzern des Reichstarifamtes natürlich jetzt noch nicht tatsächlich behandelt werden könne. Die Sache ist zu neu. Doch müsse anerkannt werden, daß diese Sache von besonderer Wichtigkeit sei. Es werde darum der Generalversammlung des Reichsverbandes für das Steinsetzgewerbe Gelegenheit gegeben, Entscheidungen in dieser Sache zu treffen.

Nach längerer Behandlung von Lehrlingsfragen, die zu einem Beschluß des Reichstarifamtes nicht führten, wurde in später Abendstunde die Sitzung geschlossen.

Das Konjunkturinstitut über Wirtschaftslage, Preise und Einkommen

Im neuesten Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung versucht das Institut für Konjunkturforschung wiederum eine allgemeine Uebersicht über die Wirtschaftslage, die Ein- und Ausfuhr, Warenmarkt, Geldmarkt, Preise, Löhne usw. zu geben. Ueber die Konjunktur Mitte November gibt das Institut folgenden zusammengefaßten Ueberblick:

„Der Konjunkturabschwung, der seit Herbst 1927 festzustellen ist, hat sich, wenn auch verlangsamt, fortgesetzt. Produktion und Beschäftigung sind weiter rückläufig. Nach wie vor bewegen sie sich jedoch auf hohem Stand. Die Arbeitslosigkeit wird allerdings in den nächsten Monaten schon aus rein saisonmäßigen Gründen zunehmen. Die Verbrauchsumsätze sind wertmäßig gewachsen, mengenmäßig aber — da die Preise der Fertigwaren gestiegen sind — vermutlich etwas gesunken. Die Produktionsumsätze sind sowohl mengen- wie wertmäßig zurückgegangen. Dieser Rückgang hat zu einer zunächst noch geringen konjunkturellen Erleichterung des Geldmarktes beigetragen. In gleicher Richtung hat gewirkt, daß die Einfuhr gesunken und die Ausfuhr gestiegen ist, die Passivität der Handelsbilanz sich also vermindert hat. Eine Entlastung des Kapitalmarkts ist noch nicht festzustellen. Die Wirtschaftsbewegung der letzten Monate läßt auch jetzt keine Anzeichen für eine krisenhafte Verschärfung des Abschwunges erkennen. Indessen ist durch Arbeitskämpfe ein erhöhtes Unsicherheitsmoment in der Wirtschaft entstanden, das bei längerem Andauern zu neuen Spannungen führen könnte."

Im allgemeinen vermitteln die Untersuchungen des Konjunkturinstituts den Einblick, den man allgemein von der Wirtschaftslage hat: Die Abschwächung der Wirtschaftslage setzt sich im langsamen Tempo fort. Doch ist der Konjunkturrückgang überwiegend saisonbedingt. Der Produktionsindex sank geringfügig. Die wertmäßigen Umsätze haben sich im ganzen eher gehoben. Der Umfang der Auftragserteilung war in den letzten Monaten unverändert. Auf dem Geldmarkt ist eine Entspannung eingetreten. Die Verhältnisse auf dem Geld-, Effekten- und Warenmarkt bringen zum Ausdruck, „daß die wirtschaftlichen Spannungen stark genug waren, einen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität zu erzwingen, aber nicht stark genug, um einen krisenhaften Konjunkturrückgang einzuleiten". Die abwärts gerichtete Bewegung des Beschäftigungsgrades dürfte aber vorerst kaum aufgehalten werden. Die gesamten dem Kapitalmarkt zugeführten Inlands- und Auslandsmittel betragen im 3. Vierteljahr 1928 rund 920 Millionen Mark gegenüber 2043 Millionen Mark im zweiten und 1526 Millionen Mark im ersten Vierteljahr dieses Jahres. Der Bedarf an langfristigen Krediten ist unverändert groß. Was die Umsätze anbelangt, so ergibt das Aufkommen an allgemeiner Umsatzsteuer ein anwendbares Bild. Die nach dem Steueraufkommen berechneten Umsätze stiegen im dritten Vierteljahr 1928 auf etwa 34 Milliarden Mark, 32,4 und 32,2 Milliarden Mark im zweiten und ersten Vierteljahr 1928.

Freie und verbandsmäßig beeinflußte Preise.

Ueber die Preisentwicklung stellt das Institut einleitend fest, daß die bereits früher vorhandene Spannung zwischen der Bewegung der Rohstoffpreise und der der Fertigwarenpreise angehalten habe. Im Gegensatz zu dem Rückgang der Rohstoffpreise haben die Fertigwarenpreise ihre Aufwärtsbewegung bis Mitte Oktober fortgesetzt. Ueber den Einfluß der kartellmäßig beeinflußten Preisentwicklung wird folgendes gesagt: „Die auf wesentlich breiterer Grundlage berechnete Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren ist der Bewegung der reagiblen Warenpreise erst ab Mitte des Jahres gefolgt, weil die Rückgänge der für den reagiblen Index ausschlaggebenden Warenpreise durch Erhöhungen, u. a. auch der verbandlich geregelten Preise, überkompensiert wurden. Der steigenden Tendenz der Verbandspreise ist es auch zuzuschreiben, daß die Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren ab Juli nur verhältnismäßig wenig zurückgegangen ist. Diese auf den Märkten der industriellen Rohstoffe und Halbwaren herrschenden verschiedenartigen Preistendenzen treten bei einer Aufgliederung der Indexziffer für industrielle Rohstoffe und Halbwaren (1925 = 100) in geregelte Preise und in freie Marktpreise deutlich hervor."

(1925 = 100)		Freie Preise	Geregelte Preise
1926	Januar	91,8	98,8
	Juli	85,7	97,5
1927	Januar	85,7	97,5
	Juli	91,3	97,7
1928	Januar	93,5	97,9
	Juli	93,8	99,7
	Oktober	90,5	100,0

Diese Zusammenstellung zeigt deutlich, wie die Verbandspreise die allgemeine Preisbildung zu beeinflussen vermochten. Während die sogen. freien Preise herabgingen, sind die verbandsmäßig geregelten weiter gestiegen. Auch das Konjunkturinstitut befürchtet, daß die Steigerung der Verbandspreise zu einer Verschärfung des Abschwungs der Mengenbewegungen beiträgt. „Die Tatsache, daß sich Preiserhöhungen auf Grund verbandlicher Regelung trotz der Verknappung des Kredits und der Verlangsamung der Einkommensbildung weiterhin durchsetzen konnten, kennzeichnet die Widerstandsfähigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich hierdurch Spannungen zwischen Preisen und Einkommen anbahnen, die zur Verschlechterung der Absatzlage führen könne." Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt. Nach unserer Meinung könnte die Verschlechterung der Wirtschaftslage wesentlich aufgehalten werden, wenn die oben geschilderte Preisentwicklung einen anderen Weg gegangen wäre.

Arbeitseinkommen und Unternehmungseinkommen.

Das Konjunkturinstitut glaubt feststellen zu können, daß das gesamte Arbeitseinkommen in den letzten Monaten weiterhin gestiegen ist. Das Tempo habe aber gegenüber dem Frühjahr und namentlich gegenüber der Zeit vor einem Jahr wesentlich nachgelassen. „Nach der Statistik der Tariflöhne hat sich in der Zeit vom 1. Juli dieses Jahres bis zum 1. Oktober der Stundenlohn des gelernten Arbeiters um 0,8 v. H., derjenige des ungelernten Arbeiters um 1,6 v. H. erhöht." Die Faktoren, Beschäftigung und Lohnhöhe, zugrunde gelegt, ergeben sich Verhältniszahlen der Einkommensbewegung, die das Institut durch folgende Tabelle deutlich zu machen versucht:

Industrielles Lohneinkommen.

	1927			1928		
	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr
1927 = 100	86,8	102,4	106,5	103,1	111,9	112,2
das gleiche Viertelj. des Vorj. = 100	127,3	136,6	135,2	118,8	109,2	105,2

Allgemein zeigt sich die Neigung einer zunehmend dichteren Besetzung der höheren Lohn- und Gehaltsklassen. Nach dem Institut dürfte sich das Arbeitseinkommen im ganzen gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um mindestens 5 bis 6 v. H. erhöht haben. Dabei dürfe aber nicht vergessen werden, daß gleichzeitig auch die Preise der Verbrauchsgüter gestiegen seien. Ferner sind die gesamten Lebenshaltungskosten um 1,3 v. H. höher als im Oktober 1927. Die Steigerung der Preise sog also einen Teil der höheren Löhne auf.

Bezüglich des Unternehmungseinkommens ist die Feststellung maßgebend, daß die Umsätze nur wenig gesunken sind. Die Preise haben sich eher erhöht. Somit dürfte das Einkommen der Unternehmungen sich in gleicher Höhe gehalten haben. Was das Vermögenseinkommen betrifft, so wird hierüber ausgeführt: „Das Dividenden- und Zinseinkommen fließt aus jahreszeitlichen Gründen in den Sommer- und Herbstmonaten nicht im gleichen Umfang wie in den ersten beiden Vierteljahren. Immerhin spricht die Bewegung des Aufkommens aus dem Steuerabzug vom Kapitalertrag — es war im dritten Vierteljahr 1927 — dafür, daß das Vermögenseinkommen gegenwärtig nicht unbeträchtlich größer ist als vor Jahresfrist." — Das gleiche können die Arbeiter nicht von sich sagen.

Deutsches Urgestein in der Grabmalkunst

Der nachstehende Aufsatz wurde der Nr. 365 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" entnommen; Verfasser ist der bekannte Architekt Herr Prof. Hugo Eberhardt, Offenbach a. M. Die Darlegungen über „Deutsches Urgestein in der Grabmalkunst" entsprechen durchaus der Auffassung der Granitarbeiter, wie überhaupt der gesamten Steinarbeiter in Deutschland. Wir gestatten uns deshalb, den Aufsatz zum Abdruck zu bringen.

Deutschland ist nicht allzu reich an Naturschätzen und Rohstoffen. Zu den Köstlichsten, was unser deutscher Boden birgt, gehören unsere deutschen Hartgesteine: der Granit, der Syenit, der Porphyr — Urgesteine von ungemein festem, massigem Gefüge — Feldspat, Quarz und Glimmer in kristallinisch funkelndem Gemengsel von wundervollem, sattem Farbenspiel in hellen und dunklen Nuancen —, Gesteinsarten, deren künstlerische Schönheit und dauerwertige Kostbarkeit sich uns in den ägyptischen Abteilungen der Weltstadtmuseen am überzeugendsten vor Augen stellt. Der „ewige Stein" erschien schon den alten Aegyptern in seiner allen klimatischen Einflüssen Trotz bietenden Unverwüstlichkeit das gegebene Gestein zu sein, wenn es galt, den Gedanken der Unsterblichkeit zu symbolisieren und monumentale, über Menschenleben weit hinausragende Erinnerungszeichen zu schaffen. In dem erstaunlichen Material- und Formgefühl, das alle uns überlieferten Zeugen altägyptischer Kunst offenbaren, wußte der ägyptische Künstler die plastische Form auch diesem ungemein harten und herben, in mächtigen Blöcken greifbaren Naturstoffe anzupassen. Es ist, als hätte der künstlerische Formgedanke im Respekt vor der unnahbaren, man möchte fast sagen, heroischen Eigenart des Materials eine besondere Veredlung gefunden, eine verhaltene, prägnante Stilisierung, die das Werk vom Menschlichen zum Göttlichen, vom Zeitlichen zum Ewigen erhebt.

Dieses Urgestein, das die Anerkennung der Jahrtausende für sich hat, und das ein gütiges Geschick uns im deutschen Mittelgebirge — vornehmlich im Fichtelgebirge, im Odenwald, ferner im Harz, in der Sächsischen Lausitz, im Riesengebirge und im Schwarzwald — übermittelt hat, das Gestein, das Goethe als den ältesten, festesten, tiefsten und unerschütterlichsten Sohn der Natur kennzeichnet, ist, wie man weiß, seit einer Reihe von Jahren Gegenstand der Brandmarkung in „modernen" Friedhofsordnungen geworden. Dabei sind unsere Granite, Porphyre, Syenite ein nationaler Besitz von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung, Tausende deutscher Arbeiter sind mit diesem Wirtschaftszweig auf Gedeih und Verderb verbunden. Den Ausgang dieser ganz unfaßlichen Verfemung bildete die vielfach mißverstandene Auffassung einer Bestimmung, mit der man in München glaubte, einen Waldfriedhof vor Fremdkörpern — den polierten Graniten und Syeniten — zu schützen.

Es ist festzustellen, die Beliebtheit der in schärfstem Hochglanz polierten schwarzfarbenen, oft in unglaublichsten Formen gehaltenen Grabmäler mit kraß herausfallenden vergoldeten Zierschriften, hat das wundervolle Rohmaterial zu Tode gehetzt. Die vom Publikum gebieterisch erhobene Forderung der billigsten Preisstellung führte zu einer Industrialisierung des Grabmals, die in geschmacklicher Beziehung gänzlich hemmungslos vor dem Schlimmsten in Form und Gestaltung nicht zurückschreckte. Diese Dinge mußten bei der verantwortlichen Obrigkeit Mißfallen erregen und sie zur Abwehr mit der ihr eigenen Spezialwaffe — dem Paragraphen — herausfordern. Man wollte die Denkmalsgestaltung treffen, man traf aber vielfach das Denkmalsmaterial. Das Urgestein des deutschen Bodens wurde über den romantischen Gedanken des deutschen Waldfriedhofs zum Fremdkörper auf deutschem Boden gestempelt.

Man erinnert sich der ebenso romantischen Idee, die vor etwa drei Jahrzehnten den Holzzaun propagierte und den Zaun aus Eisen in Bausch und Bogen als unschön aburteilte Ein in mannigfacher Hinsicht verdienstvolles Aufklärungswerkchen führte uns in nacheiferungswürdigem „Beispiel" den lobenswerten gutgegliederten Holzzaun vor und als Abschreckungsmittel im „Gegenbeispiel" einen mit allem Raffinement unter hunderten ausgesuchten übeln, verschnörkelten Eisenzaun. Alfred Messel ließ es sich angesichts dieser eigenartigen Verfemung des dauerwertigen, Generationen seiner Holzbrüder überlebenden Eisenzaunes angelegen sein, in einer Reihe von schönen Eisenzäunen, mit denen er seine Bauten umfriedigte, zu zeigen, wie nicht das Material, sondern die Form zum Guten oder Schlechten führt.

Gewisse Friedhofsbestimmungen wenden sich im Zeitalter der Technik auch gegen eigenartig materialgemäße beim Granitdenkmal verwandte technische Verfahren. Man zetert gegen die Verwendung des Sandstrahlgebläses für Schrift und Ornament, und doch handelt es sich hier um ein modernes technisches Hilfsmittel von größter Bedeutung, das, sofern es nur richtigen Gebrauch findet und von Künstlerhand geführt wird, ganz außerordentliche künstlerische Möglichkeiten eröffnet.

Man mag die übertriebene unschöne Hochglanzpolitur, die das Publikum beim Haristeindenkmal über alles liebt und fordert, beanstanden- indes, wie das ägyptische Kunstwerk in Granit seine Wirkung nicht zuletzt den pointierenden Glanzstellen seiner blank geglätteten Oberfläche verdankt, so darf auch dem deutschen Granitdenkmal die künstlerische Auswertung des durch seine Schleiffähigkeit erreichbaren milden Glanzes nicht genommen werden. Wie das Grabmal in dem muschellöcherigen Kalkstein einen Teil seiner plastischen Schönheit der malerisch bewegten Oberflächenkonstruktur verdankt und der Künstler diese lyrische Eigenart des Rohmaterials sich bei der künstlerischen Konzeption und formgebenden Gestaltung zunutze macht, so weist die gleichmäßig dichtkörnige massige Struktur, die kaleidoskopartige Vermengung der verschiedenfarbigsten, in der Gesamtheit einheitlich wirkenden Steinpartikel direkt auf eine die edle Stetigkeit des Materials hervorhebende Flächenglättung hin. Die Härte dieser Edelgesteine fordert einfachsten Umriß, seine Widerstandsfähigkeit gegen Stoß und Druck gestattet die scharfen Kanten und die kleingliedrige Profilierung des Erzes. Der Bearbeitungsvorgang gebietet in seiner strengen zeitraubenden Schwierigkeit den maßvollsten Formaufwand.

Der Granit als Erzieher! — Er erlaubt nicht die Geschwätzigkeit der Formen, die der Grabstein in weicheren, weniger spröden Gesteinen uns spielerisch gestattet, und die uns denselben am Orte des Schweigens oft so rasch überdrüssig werden läßt. Wie der Granit in seiner Unverwüstlichkeit über der Zeit steht, so zwingt

sein zeitloser Charakter auch den Künstler, sich in seiner Formengebung über die Zeit zu stellen. Kein Gestein eignet sich so wenig wie der Granit zum Träger stilimitierender Gestaltung. Seine Härte gebietet die große ruhige architektonische Linie, für Tändeleien gibt er sich nicht her. So kommt das Material gerade unserer heutigen Kunstanschauung, die allem Spielerischen und Unsachlichen abhold ist, die das Knappe, das bestimmt Umrissene, das in seiner Form rasch Erfaßbare liebt, ganz besonders entgegen.

Diese Darlegungen können sich selbstverständlich keineswegs gegen die von einer Reihe fortschrittlichster Friedhofsbehörden erlassenen wohlerwogenen Bestimmungen wenden, deren dankenswertes Ziel es ist, der heutigen wirren Unkultur des deutschen Friedhofs ein Ende zu bereiten und Ruhe und Ordnung auch den Plätzen der ewigen Ruhe zu sichern.

Gesperrt:

1. Gau (N.-O.): In **Stettin** die Hoch- und Tiefbau-Firma: **Scholl**, für Steinmetzen.

3. Gau: In **Rochlitz** (Sa.) das Grabmalgeschäft der Gebrüder Heidl. Durch zahlreiche Klagen vor dem Arbeitsgericht mußte für die Kollegen der Tariflohn erkämpft werden. Trotzdem versucht die Firma immer wieder, mit neueingestellten Kollegen untarifliche Löhne zu vereinbaren. Da dies aber unterbunden worden ist, hat man Betriebsstillegung angemeldet und dem erörternden Beamten erklärt, daß vor Frühjahr nicht wieder eröffnet werde. Offenbar sollen nun aber die ortsansässigen Kollegen aus dem Betriebe entfernt werden, um dann mit fremden Steinmetzen und Bildhauern den Tarif ungenierter mißachten zu können.

Kein Steinmetz oder Bildhauer darf bei der Firma Arbeit annehmen!

5. Gau: In **Detmold** die Grabsteinfirma Hugo Meier und die Westdeutsche Baustoffzentrale Grotenburger Sandsteinbrüche. Inhaberin: Dora Meier, früher Karl Meier in **Hiddesen bei Detmold**.

8. Gau: In **Großheubach** der Werkplatz Franz Zeller.

*

Eine Warnung. In der letzten Zeit mehren sich die Fälle, daß Unternehmer in der Steinindustrie den Arbeitern wohl die Beiträge zur Invalidenversicherung in Abzug bringen, aber keine Marken in die Quittungskarte kleben. Die Kollegen, auf die Folgen aufmerksam gemacht, forderten von ihren Arbeitgebern die Vorlegung der Quittungskarten. Auf eine derartige Forderung erhielten die Steinarbeiter von einem Unternehmer zur Antwort: „Das geht euch gar nichts an!"

Daß aber dennoch die Arbeiter ein großes Interesse daran haben müssen, beweist folgendes, an einen Kollegen gerichtetes Schreiben:

Landesversicherungsanstalt Sachsen.

Die rückständigen Invalidenversicherungsbeiträge aus Ihrem Arbeitsverhältnis bei Steinbruchsunternehmer . . . sind nicht zu erlangen gewesen. Zwangsbeitreibung verlief erfolglos, Offenbarungseid ist geleistet, gerichtliche Bestrafung — 30 Mk. Geldstrafe, hilfsweise 2 Tage Gefängnis — wegen nicht zur Markenverwendung benutzter Lohnabzüge hat stattgefunden. Unbezahlt sind für Sie Beiträge im Werte von 33,60 Mk. Es fehlen nach der hier vorliegenden Quittungskarte für die zweijährige Gültigkeitsdauer dieser Karte 20 Wochenbeiträge. Zur Erhaltung Ihrer Ansprüche aus der Versicherung stellen wir Ihnen anheim, wenigstens diese 20 Marken im Werte von 24 Mk. zu beschaffen. Die Landesversicherungsanstalt ist bereit, die fehlenden Marken in Ihrer alten Quittungskarte zu verwenden, wenn Sie den Geldbetrag dafür hierher einsenden. Die Kontrollabteilung.

Will der Kollege seine Ansprüche aus der Invalidenversicherung nicht verlieren, so muß er den Betrag von 24 Mk. an die Landesversicherungsanstalt bezahlen, obwohl ihm die Beiträge schon einmal vom Arbeitslohn in Abzug gebracht wurden.

Nach § 1465 der Reichsversicherungsordnung überwachen die Versicherungsanstalten die rechtzeitige und vollständige Entrichtung der Beiträge. Wenn aber in mehreren Fällen drei und mehr Jahre keine Beiträge abgeführt wurden, die Abzüge vom Arbeitslohn aber erfolgten, so hat die Landesversicherungsanstalt auch einen Teil der Schuld zu tragen, denn die Ueberwachung ist dann nicht durchgeführt worden. Hätte in solchen Fällen die Landesversicherungsanstalt den Schaden zu tragen, so würde die Ueberwachung bestimmt besser durchgeführt werden; so trägt aber in jedem Falle der Kollege den Schaden selbst, wie obiges Schreiben zeigt.

Darum fordere jeder Kollege die Vorlegung seiner Invaliden-Quittungskarte und überzeuge sich von der Richtigkeit der Marken nach Anzahl und Höhe der geleisteten Beiträge. P. G.

Gefahren der Steinbruchsarbeit. Am 24. November, kurz vor der Mittagspause, ereignete sich in einem Betriebe der Sächsischen Granitaktiengesellschaft zu **Demitz-Thumitz** ein Unglücksfall, der den Umständen nach — weil erfreulicherweise nicht mehr Arbeiter in der Nähe waren — als mittelschwer bezeichnet werden muß. — Der Bohrer Gustav Hermann aus Tröbigau war mit dem Schlagen eines Bohrloches beschäftigt, als ein scharf danebenstehender geladener Schuß (wahrscheinlich Versager?) plötzlich losging. Hermann wurde schwer verletzt und pulvergeschwärzt davongetragen und in das Krankenhaus Bautzen eingeliefert. Der Verletzte soll mit dem Leben wohl davonkommen, wird aber zeitlebens die Folgen des Unfalls nicht loswerden. — Ursache des Unglückes ist, daß das neu zu schlagende Bohrloch im Gestein mit dem geladenen Bohrloch in Berührung kam, wohl infolge etwas falscher Richtung des neuen Loches.

Am 26. Novemebr ereignete sich in den **Loitscher** Grünsteinwerken der Firma Robert Kahnes u. Wagner ein bedauerlicher Unglücksfall. Der Steinarbeiter Paul Rothe aus Triebes wurde von herabfallenden Felsstücken derartig am Kopfe verletzt, daß sich seine Ueberführung in das Städtische Krankenhaus nach Weida nötig machte. Es sollen in dieser Beziehung, wie uns mitgeteilt wird, überhaupt unhaltbare Zustände bei der Firma Robert Kahnes u. Wagner herrschen. Große Schutthaufen liegen im Bruch, die es den Arbeitern unmöglich machen, herabfallenden Felsstücken auszuweichen. Auch der vorstehende Unglücksfall soll darauf zurückzuführen sein; denn gleich nach dem Geschehen wurden die Schutthaufen beseitigt. Auch müssen die Verunglückten im Speiseraum verbunden werden. Vielleicht sieht die Gewerbeaufsicht dort einmal nach dem Rechten.

Ebenfalls in Loitsch bei der Firma Reinsberger verunglückte der Kollege K. Beyerlein, indem er beim Umkippen einer Lore zwischen diese und einem Baum geriet. Der Verunglückte fand ebenfalls Aufnahme im Krankenhaus.

Am 27. November, vormittags, verunglückte der Steinbrecher Phil. Münch im Basaltalvasteinbruch der Firma Bachem & Co., Distrikt Winnfeld **(Mayen)**, tödlich. Eine Schutzmauer, die durch den anhaltenden Regen der letzten Tage unterspült war, stürzte in die Tiefe und begrub den Bedauernswerten vollständig. Der Tod trat sofort ein. Zwei Mitarbeiter konnten sich durch die Flucht aus der Gefahrenzone retten. Der Verunglückte stand im 64. Lebensjahre und hat im Kriege zwei Söhne verloren Wieder ein Opfer der Steinbruchsarbeit!

Vorarbeit zum Verbandstage. Trotzdem wir noch ungefähr ein Jahr Zeit haben bis zum Verbandstage, ist es nicht gerade falsch, wenn sich jetzt schon die Kollegen über den Ausbau, resp. Neueinführung von Unterstützungszweigen klar werden. Es wird auch dem Verbandstage recht viel unnötige Arbeit erspart, da ja ein großer Teil der betreffenden Anträge fast immer alle dasselbe besagen. — Da es mit dem Schlagwort „Kampfesorganisation" unter der jetzigen kapitalistischen Wirtschaftsform allein nicht getan ist, ist es schon notwendig, unsern Mitgliedern, auch denen, die es noch werden sollen, etwas greifbar Praktisches zu bieten, und das ist eben ein gut fundiertes, gerecht ausgebautes Unterstützungswesen. Es wäre nun nach meiner Auffassung falsch, wenn wir jetzt, da unsre Erwerbslosenunterstützung noch in den Kinderschuhen steckt, einen neuen Zweig der Unterstützungen, die „Invalidenunterstützung" einführen würden. Wenn das auch einige andre Verbände in letzter Zeit eingeführt haben, damit ist noch lange nicht bewiesen, daß sie sich bei uns auch bewährt. Vor allem kommt bei den anderen Verbänden eine größere Mitgliederzahl, wie überhaupt eine ganz andere Struktur des Verbandes in Frage. — Wir wollen doch lieber die bestehende Erwerbslosenunterstützung so ausbauen, daß wir auch sagen können, wir bieten unsern Kollegen etwas. Was nutzen mehrere Unterstützungen, wenn keine im Geben so recht was taugt, da doch lieber wenige, aber gutfundierte. — Außerdem haben wir ja schon einen Teil Kollegen, die sicher schon Invalidenunterstützung beziehen können, denn jedes Mitglied, das 10 Jahre organisiert ist, und mindererwerbsfähig geschrieben ist, hat, sobald es innerhalb 65 Wochen 60 Erwerbslosenmarken geklebt hat, Anspruch auf 6 Wochen Unterstützung. Auch ist die Hoffnung vorhanden, daß die Gesetzgebung den Vorschlägen des Sozialpolitischen Ausschusses vom Reichswirtschaftsrat Rechnung trägt und unsere Berufskrankheit als Gewerbekrankheit endlich anerkennt, womit hoffentlich auch eine Besserung für unsere bereits invaliden Kollegen eintritt. Zu bedenken ist auch, daß die Invalidenunterstützung nicht von heute auf morgen kommt. Wir haben jetzt noch ein Jahr bis zum Verbandstag; wird sie beschlossen, muß mindestens ein Jahr Karrenzzeit sein, um einen Fonds zu sammeln, so daß knapp gerechnet, wenigstens 2 Jahre vergehen, ehe sie überhaupt zur Auswirkung kommt. Also ist es richtiger, wir bauen unsere Erwerbslosenunterstützung so aus, daß wir unsere Kollegen bei Erwerbslosigkeit, die jeden mal heimsucht, finanziell in weitestem Maße unterstützen können. Dazu, und das ist die andere Seite, gehören aber auch Mittel. Leider gibt es noch einen ganzen Teil Kollegen, die zwar über alles schimpfen, denen die Leistungen des Verbandes nie genügen, die aber ihren Pflichten dem Verbande gegenüber recht lax und ungenügend nachkommen. Es ist einfach nicht möglich, große Ausgaben zu machen, wenn die Einnahmen dafür fehlen. Vorläufig ist es auch noch nicht an der Zeit, Verbesserungsvorschläge zu machen, denn die Dauer seit der letzten Aenderung ist zu kurz, um sich schon ein abschließendes Bild machen zu können. Dazu ist der Zentralvorstand wohl am besten in der Lage und er bringt hoffentlich zum Verbandstage recht annehmbare Vorschläge heraus. Wir müssen aber, wie bereits angedeutet, immer daran denken, wenn wir was haben wollen, müssen wir auch die Zentralkasse in die Lage zum Geben versetzen, und das ist: richtige, pünktliche Zahlung der festgesetzten Beiträge, ohne dem geht's nun einmal nicht.

Lulu, Dresden.

Häslich i. Sa. Unsere Zahlstellenleitung hielt wiederum in mehreren Orten Versammlungen ab, und zwar am 1. November in Häslich, am 8. November in Gersdorf und am 21. November in Weißbach b. P.; sie ergaben einen befriedigenden Besuch. Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde entgegengenommen und einstimmig Entlastung erteilt. Bezirksleiter Kollege Gibowsky referierte über die Lage des Verbandes. In fesselnder Weise schilderte er den Aufbau unserer Organisation, ihre Wesensart im besonderen sowie ihre Stellung innerhalb der dem ADGB angeschlossenen Verbände. Rechte und Pflichten der Mitglieder, sowie auch die gesamten Unterstützungseinrichtungen behandelte er in längeren Ausführungen. Bemerkenswert ist, daß der Steinarbeiterverband mit seinen Ausgaben für Streik und Lohnbewegungen innerhalb des ADGB 1925 und 1927 an 7. Stelle, 1926 aber an 1. Stelle stand. Gewiß eine Zeichen, daß er sich den Charakter als Kampforganisation gewahrt hat. Auch die Lage unserer Industrie unterzog er eingehender Würdigung und mußte feststellen, daß im Kamenzer Bezirk bis jetzt noch 3 Firmen sind, welche die Stillegung nicht angemeldet haben; dies ist eine unerfreuliche Ankündigung des kommenden Winters. Dabei sind aber in den allermeisten Betrieben keine nennenswerten Lagerbestände vorhanden. Es scheint, als ob das Anmelden der Betriebsstillegung eine Modekrankheit werden soll, oder ein Druckmittel auf den leider auch kranken Geldbeutel des Staates. Kollege Thomschke erstattete den Kartellbericht und berichtete von dem, was auf dem Bezirkstag des ADGB in Leipzig behandelt worden ist. Hierbei erläutert er den Begriff der Demokratisierung der Wirtschaft und betonte, daß wir an dieser Forderung festhalten müssen. Erfreulich sei auch, daß Bestrebungen im Gange seien, die Einziehung der Invalidenversicherungsbeiträge den Krankenkassen wieder zu übertragen, um gegen säumige und gewissenlose Arbeitgeber besser vorgehen zu können, Auch § 182 der RVO muß fallen, denn der zehnprozentige Beitrag der Versicherten an den Arznei- und Heilmitteln bedeutet für unverschuldet Kranke eine große Belastung und unbillige Härte. Erzieherische Wirkung habe dieser Paragraph nicht gezeitigt. Im Gegenteil, an Beispielen zeigte der Berichterstatter, daß sowohl Krankenkassenmitglieder, als auch manche Aerzte schärfere Kontrolle nötig haben. Kollege Hustig ermahnte die Anwesenden zum Schluß, bei Eintritt eines Unterstützungsfalles sich sofort an ihn zu wenden.

Frankfurt a. M. Am 13. November 1928 tagte eine von 68 Kollegen besuchte Versammlung. Zum ersten Punkt berichtete Kollege Menges über die Beiratskonferenz. Die Diskussion hierüber war sehr scharf gegen die Beschlüsse der Konferenz und über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung. Zum Ausdruck kam allgemein, daß die Einführung der Erwerbslosenunterstützung die Mitgliedschaft schädigt. (?) Auf dem Verbandstag 1927

Marmol Blanco

(Nachdichtung aus dem Argentinischen.)

In der Sierra Ventana,
im windumbrausten Gebirge:
Da stehen wir starken Männer —
und brechen Stein aus dem Berge.

Die wilde Sierra Ventana:
der Marmol Blanco blinkt,
Die schwarzen Pinienwälder —
Lieb-Sonnentochter winkt.

Die Tochter der Sonne, die Schöne:
mit goldener Blume im Haar —
Und wir, des Steinbruchs Söhne,
wir küssen der Sonne das Haar.

Die Sonne gibt uns die Fackel:
Lichtleuchte — weit über Land:
Das revoltierende Feuer,
des Herzens zorniger Brand!

Der Marmol Blanco wird rosig:
er brennt, er knistert, er flammt:
Und dies ist gewiß: nicht ewig
sind wir zu Sklaven verdammt!

In Buenos Aires, dem reichen,
da reiht sich Palast an Palais:
Den Marmor dazu, den weißen — —.
Wie der Sturm um die Berge geht!

Michelangelo

Vorwort. Michelangelo war Steinmetz. Mit Hammer und Meißel metzelte er aus dem Stein Bilder heraus. Er schlug den Stein zum Bilde. Steinmetz und Bildhauer war er. Handwerker und Kopfwerker zugleich! Seine Hand war fleißig und geschickt. Sein Kopf war schöpferisch: voller guter und bester Ideen. Sein Herz war ein immer liebendes Herz — und darum: ein leidendes Herz. Sein Herz fand keine Gegenliebe, es ward nicht verstanden. All seine Lebensnot meißelte Michelangelo in Stein. Er dachte in Stein, er formte sich selbst im Stein — mehr noch: Er lebte im Stein! Der ewige Lebensfunke, das stille, schöpferische Feuer — der knisternde Funke im Stein: der war Michelangelos Geist. Sein Zauberstab war der Stahlmeißel; damit weckte er alle Kräfte in sich: dieser Zauberstab, der singende stählerne Meißel — der gestaltete eine ganze Welt. Eine große Welt, ein Universum — das als Riese Moses und als steinerne Himmelskuppel weit über die kleine Welt der Renaissance hinauswuchs. Der Meister Michelangelo schuf um die Zeit von 1500 bis 1560. Sein Spätwerk atmete Verfall. Die letzten Früchte am Baume faulen

Die kleine Welt der Renaissance? Jawohl, mit voller Verantwortung gesagt: kleine Welt der Renaissance, elende Welt: miserable Welt: Welt des Meuchelmordes und des Familienverrats. Welt des Paffenmeineids und der Fürstengier. Und doch so hochgepriesene Welt! Die Kunst florierte, prächtige Feste an den Höfen der Welt- und Kirchenfürsten — das Herrentum in vollster und edelster „Blüte", aber auf dem Nacken eines niedergetretenen Proletariats. Damit oben der wiedergeborene altgriechische Herrengeist blühen könne — mußten unten die Heloten gleich Sklaven werken, leiden und schweigen. Ihr einziges Recht bestand darin — sich in hundert dynastischen Kriegen gegenseitig zu töten. Der Druck des Herrentums von oben weckte zwar Gegendruck von unten — der war aber noch zu wenig von klaren Zielgeistern diszipliniert. In Proletenblut verpufften die großen Bauernrevolten: und die Hugenottenaufstände verdampften in Blut — ein Herzog Alba zertrat den Freiheitswillen Niederlands, ein Luther ging nach revolutionärem Anlauf selber zu den Fürsten und Wohlhabenden über: ward selber ein Stück unduldsamen Rechthaber-Papstes —. Klar und schlagend: Die Zeit der Renaissance: der Wiedergeburt antiken Herrengeistes — war eine Zeit tiefsten Niederganges des Volksgeistes. Renaissance: Zeitalter wiedererstandener Sklavenkultur! Und in dieser rauhen Zeit schlug das alliebende, kluge und verstehende Herz des Volksmannes Michelangelo. Mußte er nicht am Leben leiden? Ja — weil sein Blick zu klar war, weil er zu sehr liebte: die Menschen — er litt an ihrem traurigen Schicksal! Alles Werk Michelangelos ist Leidenswerk: Pietà — und Zorneswerk: seine marmornen Propheten und seine farbigen Sibyllen sind Anklage und Drohung! Aber nur wenige verstanden — seine Auftraggeber: Päpste und Fürsten: zahlten ihre eigene Entblößung mit blanken Dukaten. Michelangelo spuckte im geheimen aus — doch Marmor war teuer, er nahm das Gold: um weiter zu schaffen. Er hungerte auf Marmor! Um darin sprechen zu können.

Zunächst: Das Kind. Michelangelo ward in den Bergen geboren — wo der freie Adler über den sprudelnden Quellen des Tibers kreiste: im Etruskischen Apennin, in Ziegendorf, in Caprese. Höhenluft, mit dem Winde segelnde weiße Wölkchen — auf tiefblauer Himmelssee — Rebengärten, Mais, Obst, Käse, Millich. Und die großen weiten Wälder, die die braunen Maronen schenken — die Wälder der blätterreichen Edelkastanien. Und der immergrüne Busch der Steineiche — aus allen Spalten, Rissen und Schroffen der bronzefarbenen Felswände heraus. Blaublümchen Enzian und das rote Alpenröschen — Steinbock, Fuchs, Wolf, Habicht, Rabe, Drossel und Nachtigall. Das war die Natur: aus der das Kind Michelangelo seine Nahrkraft für sein großes Künstlertum sog, an der Mutterbrust einer herrlichen freien Natur wuchs der große Gestalter einsam auf. Vater und Mutter verkannten ihr Kind — ein Tölpel, ein Tunichtgut: Er ruiniert alles! Mit Hammer und großen Nägeln geht er allem Stein zu Leibe. Aus den steinernen Türpfosten meißelt er Fratzen heraus — ist das da nicht das Antlitz des Herrn Pfarrers? Der Junge verhöhnt die heilige Kirche: indem er den Hochwürdigen Dorfhirten, den Pastore, am Türpfosten des Elternhauses in seiner fetten und egoistischen Gesichtsrundung nachbildet — überbildet — was der Stein sagt: das stimmt! So ist Hochwürden —. Aber Hochwürden ist eine Macht Vater nimmt den Knüppel, um seinem Söhnchen diese gefährlichen Tölpeleien und Fanullonerien gewaltsam auszutreiben. Das Kind schrie nicht — es trotzte. Es ging mit Hammer und Nägeln in den Wald, an die Felswand, da ist Stein im Ueberfluß — hier ward Michelangelos erstes Atelier.

Erregung geht durch das Land. Ein Heiliger ist aufgestanden. Ein Feuerzüngler — er verdammt alle Reichen und liebt alle Armen, er verurteilt die Mächtigen und erhebt die Unglücklichen und die Verfolgten und die Elenden. Ein heiliger Mensch, ein Prophet, ein gelahrter Gottesmann, ein Wahrsager: Savonarola! Vater Buonarroti nimmt seinen Jungen bei der Hand — und sie wandern übers Gebirge, nach der Landeshauptstadt, nach Arezzo — und dort geschieht das Große, im Dome redet der Prophet, der heilige Mann Gottes: der Savonarola, der magere Askete in der braunen zerschlissenen Kutte. Die Seele Michelangelos horcht auf das Wort des Savonarola — und guter Same fällt in gute Furche: Savonarolas Geist macht den Michelangelo revolutionär. Die Veranlagung war schon da: der Vater: Mein Junge ist ein Trotzkopf!

Der Jüngling. Allen Widerwärtigkeiten zu Trotz kam er zu einem Bildhauer in die Lehre. Dann auch zu einem Maler. Mit zwanzig Jahren ist Michelangelo Geselle. Er versteht das Wesen der Kunst. Er hat die Basis gefunden — von der aus er nun selbständig beginnen kann, seinen schöpferischen Gesichten kann er die gewollte Form geben. Der Handwerker ward Künstler — und blieb doch Handwerker, neben der Schlafdecke lag Meißel und Hammer. und das Bildnis der Geliebten. Ein wilde Sinnlichkeit reißt ihn frühe an die Brüste der schönsten Frauen.

Florenz. Ein Scheiterhaufen, es brennt: Holz und Fleisch — um Gottes Willen, Entsetzen, hier brennt ein Mensch. — Savonarola! Die Kirche verfeuert ihren Gegner. Damit verfeuerte die Kirche die Hälfte vom Herzen des Jünglings Michelangelo. Seine spätere Tragik war dieses: Die Kirche, die er haßte — der mußte er dienen. Er verkaufte sich in seiner Kunst — alles, um durch sein Werk auf die Menschen zu wirken, um aus Stein zu ihnen zu sprechen — und in Farbe und in Gedicht. Aber — purtroppo — er ward nicht verstanden — und die ihn wirklich verstanden, die waren mächtig — sie lachten, sie hielten sich einen spaßigen Marmorbildner, wie sie sich bunte Hofnarren hielten. Ars ed Donne ed Buffoni! Kunst und Huren und Narren!

Der Mann. Michelangelo in den Marmorbergen Toskanas. In Carrara. Der Zuckerbruch. Sonne glitzert am weißen Stein. Tausend Lilien blühen. Der Seeschaum ward Gebirge — im Marmorberg schlafen Aphroditen — die Steinbrecher wecken das Schöne zu neuerem Leben. Klinge-klange: der Stahl!

Carrara. Der Marmorbruch. Prüfend geht der blasse Mann aus Rom von Block zu Block: Michelangelo — der Künstler, der Steinmetz, der Volksmann, der Gestalter. Dieser hier soll es sein: verladet mir diesen Riesenblock — und Michelangelo zahlt in blinkendem Golde: einen ganzen Hut voll für ein halb Dutzend Marmorblöcke. Diesen Riesenblock hier nehme ich gleich mit. Der knarrende Ochsenkarren — auf der Fahrt nach Carrara a Mare: nach der See — Michelangelo sitzt oben am Marmorblock. auf dem Ochsenwagen — in seinem Hirne gären Gedanken. Der Stein unter ihm sprüht Funken.

Die See. Alles Veilchen. Das Tyrrhenische Meer. Eine Barke fährt mit vollem Winde, buntes Segel, Schaum vorm Bug — der Marmorblock reist nach Fiumicino — dem Hafen Roms.

Die See. Die Wogen. Das Schiff. Der Marmor. Der Wind. Die Sonne. Der Künstler. An Bord des Seglers brennt Feuer — Michelangelo konzipiert seinen Moses. Moses: ein Vollbringer — ein Vollender: er hinterließ ein Ganzes: ein politisch und wirtschaftlich gerundetes Volk — mit sozialem Einschlag. Anders als die Welt des Nichtvollenders — des Jesus: der nur Stückwerk hinterließ, Fragmente: mit denen die Pfaffen Würfel spielen, Die höhere Zahl gewinnt!

in Frankfurt a. M. wurde der Allgemeinheit die Beitragserhöhung schmackhaft gemacht durch eventuell längere Bezugsdauer der Krankenunterstützung. Nach kurzer Zeit revidierte der Vorstand mit dem Ausschuß die Beschlüsse des Verbandstages zuungunsten der Krankenunterstützung. Unorganisierte können mit diesen Beschlüssen nicht gewonnen werden. Die Frankfurter Mitgliedschaft erkennt in den Beschlüssen eine Diktatur. Zum Ausdruck kam, daß der Gesamtvorstand mit Angestellten nicht mehr das Werkelleben unserer Kollegen kennt. (Ei, ei, warum denn nur auf einmal so scharf? Red.) Nach langer Diskussion kam folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heutige Mitgliederversammlung am 13. November 1928 nimmt Kenntnis von dem Bericht über die Beiratskonferenz in Leipzig. Die Frankfurter Kollegen sind nicht gewillt, sich nur als melkende Kuh betrachten zu lassen. Dieselben weisen jede Unterstützungseinrichtung innerhalb des Verbandes zurück. Der Verbandstag zum Jahre 1929 ist wieder im Mai einzuberufen." Zum zweiten Punkt macht der Vorsitzende bekannt, daß in den nächsten Tagen Tarifverhandlungen für die Bausteinmetzen stattfinden und eventuell mit einer Verlängerung des Tarifes bis 31. März 1929 zu rechnen ist. Im Geschäftlichen wurden noch einige Interna erledigt. Schluß der Versammlung 20,45 Uhr.

Essen. Am 18. November fand im Restaurant Becker eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Lage der Kollegen im Scharriergewerbe, 2. Verschiedenes. Gauleiter Kollege Braun referierte. Er wies darauf hin, daß schon lange versucht wurde, in diesem Berufe ordnunggemäße Verhältnisse einzuführen, alles scheiterte aber an dem nicht auszurottendem Schwitzmeistersystem. Der letzte Versuch fand 1927 statt. Eine von den Kollegen gewählte Kommission hatte einen Tarifentwurf ausgearbeitet und diesen bei den zuständigen Unternehmern in Düsseldorf eingereicht, diese lehnten mit dem Hinweis, daß sie keine Steinmetzgesellen, sondern in der Hauptsache selbständige Meister beschäftigten, ein Eingehen auf den Tarif ab. Braun gab dann einen Ueberblick von den Löhnen, die große Differenzen aufweisen gab auch Beispiele, wie durch die Organisation die Verhältnisse an einzelnen Orten gebessert wurden. Das Referat klang aus in der Aufforderung an die Kollegen, sich restlos zu organisieren, damit im Frühjahr zur Besserung der Lage die Rüstung vorhanden ist. Natürlich geht es nicht so, daß die Kollegen eventuell erst im Frühjahr den Weg zur Organisation finden und schließlich mit einer Marke in der Interimskarte glauben, die Meister zwingen zu können. Nachdem Braun dann die 1927 ausgearbeiteten Richtlinien bekanntgegeben hatte, schlug er vor, daß jeder Kollege seine Papiere bei den Stukkateurmeistern abgäbe, damit dadurch die Tarifpartner zum Abschluß eines geordneten Tarifvertrages geschaffen würden. Vorgesehen seien zwar die Abschlüsse von Bezirkstarifen, aber um die Sache zu beschleunigen, müßte man versuchen, zunächst örtliche Regelung zu erreichen. Die an das Referat sich anschließende Aussprache war lebhaft. Die Diskussionsredner hielten sich alle im Rahmen des Referats und versprachen, ihr möglichstes zu tun, um die noch fernstehenden Kollegen dem Verbande zuzuführen. Es besteht die beste Aussicht, daß das voll und ganz gelingt, denn die anwesenden unorganisierten Kollegen ließen sich restlos in den Verband aufnehmen. Der Kollege Weinberger schlug vor, für das Scharriergewerbe einen örtlichen Arbeitsnachweis zu schaffen, dadurch bekäme man eine feste Bindung für die organisierten Kollegen und einen Schutzwall gegen die hartnäckig Außenstehenden. Diese Anregung fand allgemeine Zustimmung. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Braun wurde aus der Mitte der Versammlung vorgeschlagen, weitere Versammlungen alle 14 Tage abzuhalten. Doch weil das Lokal nicht frei ist, mußte die Versammlung um 8 Tage verschoben werden. Also findet die nächste Versammlung am 9. Dezember, 10 Uhr, statt. Nachdem noch einiges im Punkt Verschiedenes geregelt wurde, war Schluß der harmonisch verlaufenen Versammlung.

Königsberg. In einer Versammlung behandelte der Vorsitzende, Kollege Artur Casper, die Beiratskonferenz. Er schilderte das Vorwärtsstreben des Verbandes, welches am besten in den Mitgliederzahlen zur Geltung kommt. Trotzdem laufen in Deutschland nach der Berufszählung noch Zehntausende Steinarbeiter, die in anderen Verbänden oder unorganisiert sind, herum. Diese gilt es, unserem Verband zuzuführen. Auch in Ostpreußen gilt es, die Kollegen zu sammeln, nach der Losung: „Steinarbeiter nur zum Steinarbeiterverband." Erfreulicherweise sind die Streitigkeiten mit dem Baugewerksbund beigelegt. Die Zahlstelle Königsberg i. Ostpr. hatte 1928 im 2. Quartal 220 Mitglieder (beide Sektionen), im 3. Quartal 295 Mitglieder (Steinarbeiter und Steinsetzer). Auf Grund der Mitgliederzahl hier und in der Provinz Ost- und Westpreußen und der Möglichkeit, noch mehr Zahlstellen zu den vorhandenen zu gründen, hat der Zentralvorstand unsern Vorsitzenden, den Steinmetzen Kollegen Artur Casper, als Bezirksleiter für Ost- und Westpreußen bestellt. Die hiesige Zahlstelle dankt dem Kollegen für seine Mühe im Verbandsinteresse und wünscht ihm auch als Bezirksleiter weiterhin Erfolge. Ueber eine unangenehme Sache müssen wir noch berichten. Laut Sperre im „Steinarbeiter" Nr. 22 und Nr. 26 haben es doch zwei Steinmetzen aus dem Reiche fertiggebracht, bei der gesperrten Firma zuzureisen und zu arbeiten. Die Firma hatte größere Scharrier- und Spitzarbeiten am neuen Personenbahnhof erhalten und beschäftigt hierzu ungelernte Kräfte. Als unsere Vorstellungen nichts nützten, zogen wir die dort arbeitenden Steinmetzen aus dem Betriebe und verhängten die Sperre. Trotzdem kamen zugereist Joseph Hettig (Baden) und Christian Comes (Rheinland). Unser Verlangen auf Arbeitsniederlegung nutzte nichts. Es wurde zu dritt lustig weitergewurschtelt. Wir empfehlen diese Auch-Kollegen der Beachtung.

Striegau. Die Steinarbeiter unseres Bezirks traten am 18. November, vormittags, zu einer Versammlung zusammen. Die bedrohlichen Anzeichen, die sich in letzter Zeit in der bedeutungsvollsten heimischen Industrie bemerkbar machen, hatten alle Verbandskollegen auf den Plan gerufen, der Volkshaussaal war zum Bersten voll. Der Zahlstellenleiter, Kollege Müller, sprach über die Maßnahmen, die angesichts der gegenwärtigen Situation von der Gewerkschaft zu ergreifen sind, um das Schlimmste von der Arbeiterschaft abzuwenden. Zunächst ist festzustellen, daß man scheinbar wieder einmal sich nicht klar darüber ist, daß eine gutbeschäftigte Arbeiterschaft die Grundlage unseres Wirtschaftslebens bildet. Zu den Verhandlungen, die zur Zeit im Gange sind, um dem gefährdeten Wirtschaftsleben unserer Stadt auf die Beine zu helfen, hat man Vertreter der Steinarbeiterschaft nicht hinzugezogen, und gerade die hätte doch ein gewichtiges Wort mitzureden. In verschiedenen Betrieben unseres Bezirks wird schon verkürzt gearbeitet, es werden Entlassungen vorgenommen, man spielt mit dem Gedanken der Betriebsstillegung. Bei den bisherigen Stillegungsverhandlungen konnte stets eine gewisse Ohnmacht der Gewerbeaufsichtsbeamten festgestellt werden. Wenn mit aller Gründlichkeit untersucht würde, ob wirklich die Aufträge so ungenügend einlaufen, alle Möglichkeiten zur Kreditbeschaffung erschöpft sind und welche Gewinne bisher erzielt wurden, so würde sich in den meisten Fällen herausstellen, daß lediglich für die Stillegung maßgebend ist die Sorge, einmal weniger Profit aus dem Betriebe herauszuholen. Das darf natürlich nicht ausschlaggebend sein. Die Arbeiter sind dabei die Leidtragenden, und es muß alles aufgeboten werden, um ihnen das Recht auf Arbeit zu wahren. Die von uns geforderte Offenlegung der Steuerlisten würde in der Beziehung sehr heilsam wirken.

Kollege Müller gab dann in außerordentlich instruktiver Weise Anleitungen für das Verhalten der Verbandskollegen bei einer weiteren Zuspitzung der Arbeitsmarktlage in der heimischen Steinindustrie. Bei Entlassungen ist darauf zu achten, daß sie die gesetzliche Höhe nicht überschreiten und daß die soziale Lage des Beschäftigten berücksichtigt wird. In Fällen, wo das nicht geschieht, muß der Betriebsrat einschreiten, damit alle Formalitäten für das Verfahren vor dem Arbeitsgericht erfüllt sind. Die gesetzlichen Bestimmungen besagen ferner, daß zuerst unproduktive Arbeitskräfte entlassen werden sollen. Im Falle der Arbeitslosigkeit müssen alle Unterstützungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, die vom Reiche und Verbande geschaffen sind. Seitdem das Gesetz über Arbeitslosenvermittlung und Arbeitsvermittlung besteht, gibt es keine Erwerbslosenfürsorge mehr und jeder hat Anspruch auf Unterstützung nach Maßgabe der von ihm geleisteten Erwerbslosenbeiträge. Es gilt, in den Reihen der Kollegenschaft Aufklärung zu verbreiten, damit sie von allen gesetzlichen Rechten voll Gebrauch machen kann. Die erwerbslos Gewordenen unterliegen zunächst der Meldepflicht beim Arbeitsamt und müssen dort ihren Antrag vorbringen. Nach Ablauf der gesetzlichen Karenzzeit von 7 Tagen erhalten sie dann die Unterstützung. Ihre Höhe richtet sich nach dem Arbeitsverdienst und ist aus Tabellen ersichtlich, die in alle Betriebe ausgegeben werden. Die Wartezeit von 7 Tagen verlängert sich in den Berufsgruppen, in denen die Arbeitslosigkeit als berufsüblich erklärt ist. Hier liegt noch eine große Gefahr für die Steinarbeiterschaft, und sie wendet sich entschieden gegen alle Versuche, die Steinindustrie in diese Berufsgruppen einzubeziehen. Die Unterstützungsdauer beträgt 26 Wochen. Danach tritt die Krisenfürsorge für weitere 13 Wochen ein, die aber für die Steinindustrie nicht in Frage kommt. In verschiedenen Betrieben wird bereits verkürzt gearbeitet und, soweit eine entsprechende Verminderung des Verdienstes eintritt, besteht Anspruch auf Kurzarbeiterunterstützung. Auch hier gab Kollege Müller genaue Informationen über die Karenzzeit und die Höhe der Unterstützung. Vom Verbande ist gleichfalls die Erwerbslosenunterstützung eingeführt, und es ergeht an alle Kollegen die Mahnung, ihre Verbandsbücher in Ordnung zu halten, denn nur dann können sie in den Genuß der Verbandunterstützung gelangen. Nach diesen informatorischen Ausführungen wurden noch Fragen über einzelne gesetzliche Bestimmungen gestellt, die gleichfalls beantwortet wurden.

Es ergriff dann Lehrer Richter aus Weißstein das Wort, um der versammelten Steinarbeiterschaft ans Herz zu legen, die weltliche Schule für Striegau mit allem Nachdruck zu fordern. Neben dem wirtschaftlichen Klassenkampf, den die Steinarbeiter mit der gesamten deutschen Arbeiterschaft führen, muß der kulturelle Klassenkampf geführt werden. Dazu ist vor allen Dingen notwendig, daß unsere Kinder nicht im Sinne unserer Klassengegner erzogen werden. Das geschieht aber in der Konfessionsschule tagtäglich. Durch einige einfache Beispiele wußte dies der Redner recht eindringlich und anschaulich nachzuweisen. Es ist daher Pflicht jedes organisierten Steinarbeiters, soweit er Kinder zur Schule schickt, diese für die weltliche Schule anzumelden, die Ostern 1929 in Striegau eingerichtet wird. Eine genügende Anzahl von Anmeldungen liegt schon vor, es muß aber die Forderung nach der weltlichen Schule einmütig von allen proletarischen Eltern erhoben werden. Deshalb mögen alle, die es bisher versäumt haben, die wenigen Tage bis zum Endtermin noch ausnützen und ihre Kinder anmelden. Die Ausführungen des Genossen Richter fanden Beifall und hatten sichtlichen Erfolg, denn es wurden sogleich einige Meldezettel ausgefüllt. Die Versammlung war danach beendet und wurde gegen Mittag vom Kollegen Menzel geschlossen.

Pfeffelbach. Am Sonntag, dem 11. November, fand hier eine Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Der Vorsitzende Blinn wies dabei auf die Bedeutung der Versamlung hin mit folgender Tagesordnung: 1. Neuwahl der Ortsverwaltung, 2. Christbaumfeier, 3. Verschiedenes. Es wurden gewählt mit Stimmenmehrheit als Vorsitzender Frd. Wilhelm Jung, Kassierer Elias Diehl, Schriftführer Walter Müller und 2 Revisoren (Die Namen waren nicht zu entziffern. Red.), alle in Pfeffelbach. Weiter wurde beschlossen, ein Theater mit Christbaumfeier zu Weihnachten im Lokal Jakob Diehl zu veranstalten. Zu Punkt 3 wurde einstimmig die Gründung eines Arbeitergesangvereins sowie eines Arbeitersportvereins beschlossen. Beide Vereine, die ihre Tätigkeit schon aufgenommen, haben eine starke Mitgliederzahl zu verzeichnen. Die Zahlstelle wünscht beiden Gruppen ein gutes Gedeihen zugunsten unserer Bewegung am Ort.

Hiddesen. Am 23. November fand im Versammlungslokal „Hiddeser Hof" eine außerordentliche Steinarbeiterversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Gauleiters Kollegen Braun über die Beiratskonferenz in Leipzig, 2. Wahl einer Lohnkommission zu den am selben Tage stattfindenden Lohnverhandlungen, 3. Verschiedenes. Kollege Braun berichtete von der Beiratskonferenz über die Lage des Verbandes und seine dringlichen Aufgaben. An Hand von Material verbreitete er sich über die Mitgliederbewegung im allgemeinen und der im 5. Gau. Während in der Mitgliederbewegung im allgemeinen ein erfreulicher Zuwachs zu verzeichnen ist, ist die Zunahme im 5. Gau nicht befriedigend. In kurzen Zügen berichtete Kollege Braun über die Stellung des Verbandes im ADGB in bezug auf Mitgliederzuwachs und Unterstützungszahlung. Treffend führte er die Unterstützungsleistungen der einzelnen, dem ADGB angeschlossenen Verbände gegenüber dem Steinarbeiterverband vor Augen. Unter größter Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den Ausführungen. Zu der bevorstehenden Lohnverhandlung wurden die Kollegen Pracht, Zörerbauer und Kindler in die Lohnkommission gewählt. Hier wurde die Versammlung unterbrochen, da die Zeit der Lohnverhandlung heranrückte. Nach der Lohnverhandlung wurde die Versammlung fortgesetzt, und zwar Punkt Verschiedenes. Es wurde das Scheitern der Verhandlungen bekanntgegeben. Da beide Parteien im Einverständnis waren, den Schlichtungsausschuß anzurufen und sich bereit erklärten, den zu fällenden Schiedsspruch anzuerkennen, wurden noch die Kollegen Kligge und Zörerbauer als Beisitzer zum Schlichtungsausschuß gewählt. Nach weiterer Aussprache einzelner Kollegen, schloß Kollege Kligge mit der Mahnung, auch fernerhin geschlossen und treu zusammenzuhalten, die Versammlung.

Kamenz. In der Bezirkssitzung am 21. 11. gab der Bezirksleiter Kollege Gibowsky unter Punkt 1 den Situationsbericht, woraus hervorgeht, daß in den Betrieben des Bezirks Kamenz die Kollegen in der Schotterindustrie fast andauernd unter Absatzstockungen mit Betriebsstillegungen zu leiden hatten. Wenn dieser Zustand auch vorübergehend behoben werden konnte, so scheint sich derselbe nunmehr wieder bemerkbar zu machen. Die betroffenen Kollegen sehen mit ernsten Bedenken den kommenden Wochen entgegen. Auch in der Granitindustrie, hauptsächlich in der Pflastersteinbranche, sind in den letzten Wochen viele Kollegen entlassen worden. Auch hier stehen Absatzstockungen im Vordergrund. Der Grund, daß die Steine nicht mehr so abgesetzt werden können, wie vordem, wird auf die Geldknappheit im Staat und den Gemeinden zurückzuführen sein. Die Arbeiterschaft scheint dazu ausersehen zu sein, das Weihnachtsfest als ein Fest der trüben Erfahrungen feiern zu sollen. Die Arbeitgeber werden hiervon allerdings nichts merken, denn im Laufe des Jahres wird schon so viel übrig bleiben, um auch bei schwacher Belegschaft oder Betriebsstille nichts entbehren zu brauchen. Die Aussprache bewegte sich im Rahmen der gemachten Ausführungen. Unter Punkt 2, Abrechnung vom 3. Quartal trug der Kassierer E. Menschner den Kassenbericht vor, der keine wesentlichen Aenderungen aufweist. Die Vorbereitung über Bildung eines Fachausschusses für das Arbeitsamt Kamenz regte ebenfalls zur Aussprache an. Auf Antrag des Kollegen H. Hübner (Häslich) wird beschlossen, einen solchen Fachausschuß zu bilden und werden die Kollegen Gibowsky (Kamenz) und Bergmann (Königsbrück) hierzu bestimmt. Als Ersatzleute werden Anders (Königsbrück) und Schiefner (Kamenz) vorgesehen. In der weiteren Debatte regt Kollege Pätzold an, die Positionen des Becher- und Spellertarifes neu zu bearbeiten, und zwar im Einvernehmen mit den Nachbarbezirken. Daß hier eine Aenderung geschaffen werden muß, leuchtet jedem ein, denn durch die Einführung der Maschinen (Lufthämmer) ist der alte Tarif für diese Arbeitsweise nicht zu gebrauchen. Infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit regt der Bezirksleiter an, daß in den Zahlstellen Erwerbslosenversammlungen stattfinden sollen. Die außerhalb der Produktion stehenden Kollegen sollen in allen Fällen, soweit es irgend möglich ist, Rat und Hilfe erhalten. Sie sollen wissen, daß die Gewerkschaft nicht nur da ist, um die Beiträge entgegenzunehmen. Allerdings wird die Arbeitslosigkeit auch manchen säumigen Zahler recht ungelegen kommen. Auch die Höhe der Beiträge wird sich im Unterstützungsbezug unangenehm bemerkbar machen. Ein Teil der Kollegen vermag sich noch nicht zu der Erkenntnis durchzuringen, daß die Gewerkschaft lediglich das Interesse der Arbeitnehmer vertritt und als solche gesetzlich anerkannt sind.

Kolleginnen und Kollegen! Väter und Mütter!

Eure gewerkschaftliche Pflicht ist noch nicht erfüllt, wenn ihr nur selbst der Organisation angehört. Eure Pflicht ist es, die erwerbstätigen Familienangehörigen, besonders auch die in der Heimarbeit Beschäftigten, der zuständigen Gewerkschaft zuzuführen.

Eure im Lehrverhältnis sich befindlichen Söhne und Töchter gehören in die Jugendabteilung des zuständigen Verbandes.

Und zu seinem Moses, dem Vollender einer sozialen Gesellschaftsform — baut der Michelangelo den Tempel des Kosmos — die Kuppel Sankt Peters. Der Gedanke Moses — ein gesegneter Weltgedanke, ein sozialer Gedanke. „Jede fünfzig Jahre wird aller Besitz neu verteilt!" Der Habgier wird der Stachel ausgebrochen. Ordnung, Recht, Pflicht, Freiheit, Güte, Gastlichkeit, Gemeinschaft! Moses war mehr als Jesus. Das sagte der Renaissance der Volksmann Michelangelo. Einer kleinen unwürdigen Welt zeigte er eine große würdige Besserwelt. Einige Wenige verstanden — die küßten den Michelangelo. Andere mischten Gift und schliffen Dolche. Michelangelo aber arbeitete weiter: klinge-klange, der Steinmetz! Singe-sange — du Marmor. Springe-schwinge — du Funke! Wenn immer ihr Stein mit Eisen schlaget — und es blitzt feurig auf: dann grüßt euch der Geist Michelangelos. Stehet in Ehrfurcht!

Max Dortu.

Die Vielgestaltigkeit der Tuberkulose

Von einem alten Arzt.

Wenige Krankheiten zeigen in ihrem Auftreten und Verlauf eine solche Mannigfaltigkeit, wie die Tuberkulose. Erst die auf den Altmeister der pathologischen Anatomie, Virchow, zurückführende Kenntnis der Gewebs„knötchen" (Tubercula), die für die Erkrankung kennzeichnend sind, bewies die Zusammengehörigkeit so verschiedenartiger Krankheitsformen, wie der „Schwindsucht", des „Knochenfraßes", gewisser Regenbogenhautentzündungen, der „Skrofulose" und anderes, die man bis dahin als getrennte Krankheiten aufgefaßt hatte. Und als weiterhin der Beweis glückte, daß bei allen tuberkulösen Erkrankungen die Kochschen Tuberkelbazillen ihre „Hand" (sit venia verbo) im Spiele hatten, war die Einheitlichkeit aller dieser Krankheitsformen einwandfrei erwiesen.

Aber abgesehen von der Mannigfaltigkeit des Auftretens nach Körperorgan und Krankheitsform ist auch der Verlauf der Erkrankung so wechselvoll und unberechenbar, daß eine Aufklärung darüber angebracht ist. Verfrühte Hoffnungen, die sich auf scheinbare Besserungen stützen, müssen gedämpft werden, um Enttäuschungen vorzubeugen; aber auch unbegründete Sorgen, durch Rückfälle und Beschwerden hervorgerufen, können durch Belehrung verscheucht werden.

Das Wesen der Tuberkulose besteht darin, daß die eingedrungenen Tuberkelbazillen auf den Körper als giftiger, gewebszerstörender Reiz wirken. Der endgültige Ausgang hängt davon ab, ob und wie der Körper imstande ist, das Gift und die Bazillen unschädlich zu machen. Ob die Abwehrstoffe des menschlichen Körpers imstände sind, die eingedrungenen Feinde selbst zu vernichten und zu zerstören, so daß sie ohne Gewebsschädigung verschwinden, entzieht sich unserer Kenntnis. In der Regel verläuft der Kampf anders. Um den durch das Bazillengift gesetzten Reizherd z. B. in der Lunge, bildet sich eine kleine Entzündungszone; eine Zusammenballung von eigenartig veränderten Körperzellen (Riesenzellen) und Blutbestandteilen. Dieses Gebilde sieht wie ein kleines, graues „Knötchen" (Tuberkel) aus. Das ist das Schlachtfeld, auf dem um Leben und Tod gestritten wird. In den meisten Fällen gelingt es dem Körper, jenen Verteidigungswall zu verstärken, ihn mit Bindegewebe oder Kalk zu durchsetzen und so den bösen Feind von weiteren Einbruchsversuchen zurückzuhalten. Dann findet man im Röntgenbild kleinste, scharf umgrenzte Fleckchen als Zeichen der Heilung. Allerdings dauert dieser Heilungsvorgang im günstigsten Falle Monate, gelegentlich noch länger. Kann der Körper nicht den starken Widerstand aufbringen, der zur Heilung führt, so gelingt es den Bazillen, aus dem einmal gebildeten Herdchen sich weiterzuverbreiten, sei es durch Gewebs- und Lymphspalten, sei es durch Einbruch in ein kleines Blutgefäß. So können entweder in der Umgebung des ersten Herdes oder im zweiten Fall in ganz entfernten Gegenden oder in anderen Organen neue Herdchen entstehen. Auch diese Herdchen können noch verkapselt werden; denn die Widerstandskraft des Körpers kann sich je nach den äußeren Umständen ändern. Ueberanstrengung, Nahrungsmangel, wiederholte Ansteckung, das Hinzutreten anderer Krankheiten, besonders der Grippe, aber auch selbstverschuldeter Exzesse bereiten der Krankheit den Boden, während Ruhe, Kräftigung, sachgemäße Lebensführung den Kampf gegen die Bazillen unterstützen. Leider gibt es aber zweifellos auch angeborene Widerstandslosigkeit; man kennt Schwindsuchtsfamilien, deren sämtliche Angehörigen im Anschluß an die eingeschleppte Krankheit zugrundegehen. In diesen gewissermaßen explosionsartig sich entwickelnden Fällen, im Volksmunde sehr bezeichnend „galoppierende Schwindsucht" genannt, hat man das ungünstigste Kräfteverhältnis zwischen Bazillen und Mensch vor sich. Das Gewebe dieser Unglücklichen kann dem Feinde gar keine Verteidiger entgegenwerfen. Der Giftreiz wirkt vielmehr hochgradig zerstörend ein, das Gewebe stirbt in kurzer Zeit ab und löst sich auf, so daß im Organ mehr oder weniger große Höhlen entstehen. Von der Höhlenwand oder auf dem Blutweg schreitet die Zerstörung unaufhaltsam fort.

Zwischen diesen beiden äußersten Möglichkeiten, der Einkapselung und der ununterbrochenen Zerstörung gibt es unendlich viele Zwischenstufen. Auch der bestabgeschlossene verkalkte Herd kann noch lebende Bazillen enthalten und bietet keine unbedingte Gewähr gegen eine Weiterentwicklung, wenn durch eine der genannten ungünstigen Bedingungen die Widerstandskräfte nachlassen. Auf der anderen Seite ist aber auch in einem anscheinend mit Zerstörungsneigung beginnenden (sogenannten exsudativen) Fall sehr wohl die Möglichkeit der Heilung vorhanden, wenn er rechtzeitig erkannt und unter günstige Bedingungen gebracht wird. Dazu gehören neben guter Ernährung und Ruhekur in reiner Luft besonders die neuzeitlichen Verfahren der Stillegung der erkrankten Brustkorbhälfte durch operative Eingriffe (Gasbrust, Atmungsnervlähmung, Rippenherausnahme).

Man darf nie vergessen, daß für den einmal Erkrankten der Kampf gegen die Tuberkulose das ganze Leben währt. Im Laufe dieses Kampfes kann es Siege, Rückschläge und Waffenstillstände geben; auf anscheinendes Wohlbefinden können neue Krankheitsschübe folgen; aber auch längere Zeiten des Krankseins können wieder Besserungen Platz machen. Deshalb soll der Tuberkulöse weder die gebührende Vorsicht in seiner Lebensführung außer acht lassen, wenn er sich wohl fühlt, noch auch sich bei Rückfällen unbegründeter Verzweiflung hingeben, damit er sich stets sagen kann: „Ich habe einen guten Kampf gekämpft." In diesem Kampfe wird sein bester Helfer der Arzt sein, besonders wenn es ihm möglich gemacht wird, dem Kranken und seiner Familie jahrelang beratend und beobachtend zur Seite zu stehen.

So ist es!

Wer etwas allen vorgedacht,
wird jahrelang erst ausgelacht,
begreift man die Entdeckung endlich,
so nennt sie jeder: Selbstverständlich.

Wilhelm Jensen.

Altes wird neu! Am 9. November 1928 trat für das Steinhauerhandwerk in Hannover eine Zwangsinnung in Funktion, die auch die Meister in der näheren Umgebung der Stadt mit umfaßt. Einbezogen in diese Zwangsinnung sind: 1. Betriebe, die sich ausschließlich oder vorwiegend mit der Bearbeitung bzw. Gewinnung von Natursteinen befassen (einschließlich der reinen Grabsteingeschäfte), 2. Betriebe, die sich ausschließlich oder vorwiegend mit der Bearbeitung von Hausfassaden befassen, 3. Betriebe, die ausschließlich Kunststeine bearbeiten, ohne diese jedoch selbst herzustellen, 4. Bildhauerbetriebe mit überwiegender Ausführung von Steinhauerarbeiten. Nun wird es natürlich mit dem Steinhauergewerbe in Hannover wieder aufwärtsgehen, so ist wenigstens der Gedankengang der Anreger dieser Zwangsorganisation. Ganz Vereinzelte betrachten die Errichtung allerdings als überflüssig. Doch mag dem nun sein wie ihm wolle, die Gesellen werden ihre Rechte zu wahren wissen.

Kurze Wirtschaftsnotizen. Das Alter der Arbeitslosen. Im Bereich des Landesarbeitsamtes Rheinland waren am 15. Oktober 92 068 männliche Arbeitslose und 20 841 weibliche unterstützungsberechtigt. Von den männlichen Arbeitslosen waren im Alter bis zu 18 Jahren 2539, über 18 bis 21 Jahre 10 331, von 21 bis 45 Jahre 51 696, von 46 bis 60 Jahre 20 483 und über 60 Jahre 7019. Der Altersaufbau bei den weiblichen Arbeitslosen ist ähnlich. Hieraus geht hervor, daß unter den Arbeitslosen sich ein großer Teil jugendlicher Arbeitskräfte befindet. Daß eine lange Arbeitslosigkeit auf Jugendliche nicht günstig wirkt, braucht nicht auseinandergesetzt zu werden.

Verwendung öffentlicher Mittel zum Wohnungsbau. Das Konjunkturinstitut bringt in einer der letzten Wochenberichte Angaben über die Verwendung öffentlicher Mittel im Wohnungsbau. Seit der Währungsstabilisierung sind bis zum 31. März dieses Jahres rund 8,8 Milliarden Mark investiert. Davon sind 54 Prozent öffentliche Mittel, die entweder aus öffentlichen Fonds stammen, oder durch öffentliche Körperschaften dem Wohnungsbau zugeleitet wurden. Der Hauptanteil im Gesamtbetrage von 4,77 Milliarden Mark entfällt auf die Hauszinssteuer.

Höhe der Aktienemissionen. Nach amtlichen Berechnungen wurden in dem ersten Dreivierteljahr 1928 Aktienemissionen in Höhe von 937 Millionen Mark durchgeführt. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Summe 1059 Millionen Mark und 1926 524 Millionen Mark. Obwohl also der Kapitalmarkt im laufenden Jahre ziemlich angespannt war, konnten dennoch große Mengen junger Aktien untergebracht werden.

Beratungsstelle für ausscheidende Wehrmachtsangehörige. Das Landesarbeitsamt Mitteldeutschland, Erfurt, teilt mit: Die Beratungsstelle für ausscheidende Wehrmachtsangehörige (Berawehr) beim Landesarbeitsamt Erfurt ist am 17. November 1928 nach Magdeburg verlegt und dem dortigen Arbeitsamt angegliedert worden. Die Aufgabe der Beratungsstelle ist, wie bisher, die Unterbringung der ausgeschiedenen Angehörigen der Wehrmacht und der Schutzpolizei im Bereiche des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland.

Deutschlands Kunstpetroleumproduktion. Doktor Artur von Weinberg, ein leitender Mann der IG Farbenindustrie, sprach kürzlich in Amsterdam über das Thema „Natürliches und künstliches Petroleum". Deutschlands großer Bedarf an eingeführtem Petroleum habe, nachdem man auf synthetischem Wege Salpeter, Ammoniak, Holzgeist und Alkohol herstellen konnte, zu dem Wunsch geführt, auch das Rohöl aus eigenen Stoffen zu erzeugen. Die Anlagen der IG Farbenindustrie auf dem Leuna-Werk seien jetzt soweit ausgebaut, daß mit einer Jahresproduktion von 200 000 Tonnen künstlichen Petroleums gerechnet werden könnte. Dadurch wird aber Deutschlands Bedarf lange nicht gedeckt, denn 1927 wurden 1 570 000 Tonnen Petroleum eingeführt. Die Erzeugung von Kunstpetroleum steht aber noch in seinem Anfang, so daß auf diesem Gebiete noch viel zu erwarten ist. Für die notwendige Menge Petroleum genügt die Verarbeitung von zwei Prozent der deutschen Kohlenförderung.

Die erste Feuerprobe des kollektiven Arbeitsrechts. Das Landesarbeitsgericht in Duisburg hat bekanntlich den Spruch des Arbeitsgerichts aufgehoben und ein neues Urteil gefällt, welches der Arbeiterschaft recht gibt. Ueber die Bedeutung dieses Urteils erklärte Prof. Sinzheimer einem Korrespondenten des B. T. u. a.: „Der Schwerpunkt der ganzen Prozeßführung liegt in dem Gedanken, daß das Schlichtungswesen mit Rücksicht auf das Staatsinteresse unter keinen Umständen ausgeschaltet werden darf. Bei dem Angriff der Arbeitgeberseite handelt es sich nicht nur um einen formalen Einwand, sondern in Wirklichkeit um einen materiellen Angriff gegen eine wichtige Grundlage des ganzen Schlichtungswesens. Die prinzipielle Bedeutung des Urteils liegt in erster Linie in der Anerkennung der Gültigkeit des selbständigen Entscheidungsrechtes des Vorsitzenden der Schlichtungskammer. Das kollektive Arbeitsrecht hat seine erste Feuerprobe zu bestehen, und wir dürfen es getreulich feststellen, daß sie diese bestanden hat. Man muß sich darüber klar sein, daß nicht allein um prozessuale Rechtsentscheidungen, sondern um die Macht des Rechtsgedankens gerungen wird."

Die „Not" der Eisenindustrie. Die Eisenindustriellen klagen Stein und Bein über schlechte Geschäfte, Rückgang der Verdienste usw. Wie es mit dieser Industrie bestellt ist, lehren die Abschlüsse einiger Konzerne. Die Bilanz des Klöckner-Konzerns hat bereits bewiesen, daß die Eisenindustrie zu Klagen eigentlich keinen Anlaß hat. Jetzt wird der Abschluß der Gutehoffnungshütte bekannt. Der Umsatz dieses Unternehmens hat sich im Berichtsjahre um 10 v. H. erhöht. Der Rohgewinn ist um 25 v. H. gestiegen. Trotz verdreifachter Abschreibungen war eine Steigerung der Dividende von 6 auf 7 v. H. oder um 16,3 v. H. möglich. In das Berichtsjahr fiel der Uebergang der Werke zu dem Dreischichtenbetrieb. Die Unternehmer hatten erklärt, diese Belastung nicht tragen zu können. Daß das eine demagogische Behauptung war, lehrt der Abschluß der Gutehoffnungshütte. Er zeigt aber auch, daß selbst der verbindlich erklärte Schiedsspruch von der Eisenindustrie bequem getragen werden konnte. An der Spitze der Gutehoffnungshütte steht der bekannte Scharfmacher Paul Reusch, der den schweren Konflikt in der westdeutschen Schwerindustrie letzten Endes auf dem Gewissen hat. Man kann nicht behaupten, daß man es in der Eisenindustrie mit ehrlichen Gegnern zu tun hat.

Schnell steigende Arbeitslosigkeit. Auf dem Arbeitsmarkt macht sich die Abschwächung der Wirtschaftslage stärker bemerkbar. In der Zeit vom 15. bis 31. Oktober stieg die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung von 593 000 auf 671 000, gleich 77 400 oder um 13 v. H. Auch diesmal war die Zunahme bei den männlichen Arbeitslosen wesentlich größer als bei den weiblichen. In der Krisenunterstützung ist in der gleichen Zeit eine Steigerung der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 89 700 auf 93 000 oder um 3,6 v. H. festzustellen. — Die Verschlechterung des Arbeitsmarktes hat in der zweiten Oktoberhälfte einen ziemlichen Sprung gemacht. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Verschlechterung in der gleichen Weise sich fortsetzt. Dabei muß aber betont werden, daß auch diesmal krisenhafte Momente nur gering in Erscheinung traten, die Arbeitsmarktverschlechterung in der Hauptsache saisonmäßig bedingt ist.

Briefkasten.

Niederkirchen. Wir haben mit dort keine Verbindung. Die betreffende Notiz stammt aus einer Fachschrift.

K. N. Ein Weg während der Mittagspause zum Ankauf von Nahrungsmitteln in einem in der Nähe der Betriebsstätte gelegenen Laden ist als ein mit der Beschäftigung im Betriebe zusammenhängender Weg von der Arbeitsstätte anzusehen, da die Reichsversicherungsordnung diese Wege nach neuem Recht mit umfaßt

Achtung! Zahlstellenkassierer Achtung!

Der angebliche **Paul Eichinger,** auf den schon in Nr. 48 des „Steinarbeiter" aufmerksam gemacht wurde, ist ein Schwindler! Er ist scheinbar im Besitz von mehreren Mitgliedsbüchern, die nach den Meldungen verschiedener Kassierer bezgl. der Beitragsleistung in Ordnung sein sollen, aber die Eintragungen der Unterstützungen sind verschmiert und unleserlich gemacht. Zur Zeit reist er unter Verbandsnummer 100 006. In Höchstädt im Fichtelgebirge tauchte auch ein Heinz Müller unter der Verbandsnummer 100 007 auf, der scheinbar mit dem Eichinger identisch ist. Die Mitgliedsnummern von 100 000—100 007 gehören in die Zahlstelle Zabitz, Post Friedberg (Saale) und müssen von dort gestohlen worden sein. Wo diese Bücher vorgelegt werden, müssen diese einbehalten und der Inhaber der Polizei übergeben werden.

Also, Kassierer! **Auf Mitgliedsbücher, die nicht ganz einwandfrei sind, die Auszahlung jeder Unterstützung verweigern und bei begründetem Verdacht der Unregelmäßigkeiten die Mitgliedsbücher einbehalten!**

Selb, der Steinmetz Joh. Lauterbach, geb. 7. 7. 1902, eingetreten im Verband 3. 3. 28 zu Gefrees, wird aufgefordert, seinen Verpflichtungen gegenüber dem Vorsitzenden der Zahlstelle nachzukommen. Wo Lauterbach auftaucht, mögen ihm die Kollegen aufmerksam machen.

Naumünzach. Der Spalter Otto Schulze, wohnhaft bei Emil Lange in **Brandis bei Beucha** wird hiermit zum letzten Male aufgefordert, seinen Verpflichtungen in Schönmünzach nachzukommen.

Stettin. Der Kollege Bley ist durch die Abreise des Steinsetzergesellen Adolf Kurczewski um eine größere Geldsumme geschädigt. Die Zahlstellen werden gebeten, dessen Adresse dem Steinsetzer Franz Bley, Stettin, Kronenhofstraße 2, mitzuteilen.

Achtung! Achtung!
Tarifbezirk Groß-Berlin-Brandenburg!

Auszahlung der Wohlfahrtsgelder

Die Auszahlung der Wohlfahrtsgelder erfolgt für den **Innenbezirk** im Gewerkschaftshaus, großer Saal, ab ½6 Uhr nachmittags, und zwar:

für Steinsetzer am Montag, 10. Dez., Buchstabe Aa—H
" " am Mittwoch, 12. Dez., Buchstabe I—P
" " am Freitag, 14. Dez., Buchstabe Q—Z
" Rammer am Montag, 17. Dez., Buchstabe A—Z
" Hilfsarbeiter am Dienstag, 18. Dez., Buchstabe A—Z
" Steinhauer am Sonntag, 16. Dez., vorm. 9 Uhr, Berlin N, Lindower Straße 26, bei Sachse.

Nordsüdbahn: am Sonnabend, 15. Dez., nachm. 3 Uhr, Baustelle.

In den **Außenbezirken:**

Spandau-Nauen: am Sonnabend, 8. Dez., nachm. 6 Uhr, bei Wind, Pichelsdorfer Straße 5.

Teltow, Machnow, Stahnsdorf: am Sonnabend, 8. Dez., nachm. 6 Uhr, bei Kupsch, Hoher Steinweg 10.

Schöneberg, Steglitz, Friedenau, Südende, Wilmersdorf, Zehlendorf, Lichterfelde, Tempelhof, Mariendorf: am Sonntag, 9. Dez., vom. 10 Uhr, bei Schellhase, Steglitz, Ahornstraße 15a.

Potsdam, Werder, Bornim, Bornstedt: am Sonntag, 9. Dez., vorm. 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Potsdam, Mühlenberg-Grotte.

Caputh: am Donnerstag, 13. Dez., nachm. 6 Uhr, im selben Lokal wie im vorigen Jahr.

Charlottenburg: am Sonnabend, 15. Dez., nachm. 4 Uhr, bei Röhrich, Schloßstraße 45.

Neukölln, Britz, Rudow, Buckow: am Sonntag, 16. Dez., Buchstabe A—K von 9—12 Uhr, Buchstabe L—Z von 1—4 Uhr, bei Richter, Prinz-Handjery-Straße 3.

Cöpenick, Adlershof, Grünau, Friedrichshagen, Oberschöneweide, Eichwalde, Bohnsdorf: am Sonntag, 16. Dez., vorm. 10 Uhr, bei Waldow, Cöpenick, Berliner Straße 19.

Michendorf, Saarmund, Seddin, Rehbrücke: am Sonntag, 16. Dezember.

Niederschönhausen, Pankow, Buchholz, Blankenfelde, Rosenthal, Wilhelmsruh: am Mittwoch, 19. Dez., nachm. 6 Uhr, bei Reichert, Niederschönhausen, Waldstraße 66.

Die invaliden Kollegen kommen am Donnerstag, 20. Dez., von 10—1 Uhr, ins Verbandsbureau.

Nachzügler, die nachweislich an den vorstehenden Auszahlungstagen durch Krankheit verhindert waren, müssen sich am Freitag, 21 Dez., von 1—5 Uhr nachm. im Verbandsbureau melden.

Wohlfahrtsgelder, die bis zu diesem Tage nicht abgeholt sind, werden laut Beschluß der Verwaltungskommission dem besonderen Unterstützungsfonds überwiesen.

Bei der Auszahlung sind die Mitgliedsbücher vorzulegen.

Wegen Auszahlung der Wohlfahrtsgelder ist das Verbandsbureau vom 7. bis 20. Dezember ab 12 Uhr mittags geschlossen.

Erfurt (Steinsetzer). Allen Kollegen, die in Erfurt gearbeitet haben und noch dort arbeiten, zur Kenntnis, daß am 15. Dezember, 16 Uhr, im Restaurant Scharnhorst die Auszahlung der Wohlfahrtsgelder erfolgt. Mitgliedsbuch mitbringen!

Wer an diesem Tage sein Geld nicht holt, wird es erst Wochen später erhalten. Neue Wohlfahrtskarten gibt der Kassierer, Kollege Berneburg, aus, die, nachdem sie mit Namen usw. ausgefüllt sind, sofort an den Arbeitgeber abzugeben sind. Am gleichen Tage findet im genannten Lokal eine Sektionsversammlung statt, ob vor oder nach der Auszahlung, läßt sich noch nicht sagen, aber trotzdem muß jeder Kollege unbedingt pünktlich erscheinen.

Versammlungen:

In **Halle.** Sonnabend, 15. Dezember, 19 Uhr, im Volkspark. „Neuwahl der Ortsverwaltung". Alle Haller Kollegen müssen erscheinen.

In **Grünberg** am 16. Dezember, ½9 Uhr, für die Steinsetzer wichtige Mitgliederversammlung in Lawaldau bei Walter. Der Gauleiter erscheint, alles zur Stelle.

In **Sorau** (N.-L.) am 16. Dezember bei Günzel. Tagesordnung: Bericht der Delegierten von der Bezirkskonferenz in Finsterwalde, Wahl eines Kassierers und Auszahlung des Wohlfahrtsgeldes. — Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

1. Gau (N.-W.): **Delmenhorst** (Oldenburg). Vors.: H. Schütte, Immer, Post Ganderkesee, Amt Delmenhorst. Kass. Heinrich Wessels, Deichhäuser Heide 96. — **Cuxhaven.** Vors. u. Kass.: Joseph Herzker, Mühlenstr. 15.

5. Gau: **Westerhausen.** Kass.: Bertram Jonas, Stieldorferhohn, Post Heisterbacherrott (Siegkreis). — **Obermendig.** Kass.: Christian Mintgen, Molkereistraße 365. — **Rüthen.** Kass.: Anton Sellerberg jun., Ritterstraße 6.

9. Gau: **Völkershausen-Rhön,** (Kreis Eisenach). Vors.: Fr. Nelkert, Vacha (Thür.), Gartenstraße 30b. Kass.: Wilhelm Lamb.

ANZEIGEN

Unterbezirk Saarmund und Umgegend

Am **Sonntag,** dem 9. Dezember, 14 Uhr, findet in **Michendorf,** Neues Volkshaus, eine **Versammlung** des Unterbezirks Saarmund der **Steinsetzer** und **Berufskollegen** statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Delegierten von der Bezirkskonferenz. 2. Erwerbslosenunterstützung, 3. Verschiedenes.

Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung. I. A.: Albert Dörre.

Berlin

Betriebsversammlung der Belegschaft der Fa. Holzmann.

Am **Montag, dem 10. Dezember 1928,** abends 17 (5) Uhr, findet im Gewerkschaftshaus Berlin SO 16, Engel-Ufer 25, Saal 5, eine **Betriebsversammlung** der Belegschaft der Fa. Holzmann statt.

Pünktliches Erscheinen erwartet **der Betriebsrat.**

Ein Geschenk von dauerndem Wert ist stets ein Fahrrad

Der Besitz eines Rades macht unabhängig von den öffentlichen Verkehrsmitteln. Nicht nur für berufliche Fahrten, sondern auch für Erholungszwecke verwendbar, kann es viel Freude bereiten. Die bekannten

Lindcar-Fahrradwerke, A.-G., ein Unternehmen der Gewerkschaften,

ermöglicht jedem Kollegen die Anschaffung eines Lindcar-Fahrrades zu Bedingungen, die wirtschaftlich tragbar sind. Die Räder werden **ohne Anzahlung zu Wochenraten von 3 Mk.** abgegeben. Besonders sei auf die beliebten **Lindcar-Kinderfahrräder** aufmerksam gemacht. Auskunft über den Bezug erteilen alle Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes; sonst wende man sich direkt an das Lindcar-Fahrradwerk in Berlin-Lichtenrade oder an eine seiner Filialen. Bestellungen, die bis zum 17. Dezember d. J. dem Werk vorliegen, werden so rehtzeitig erledigt, daß die Räder zum Fest eintreffen.

Ende Dezember erscheint:

Taschenbuch für d. gesamten Straßen- und Wegebau 1929

20. Jahrgang. Von Stud.-Rat Dipl.-Ing. Stueck

Aus dem Inhalt des neuen Jahrganges

Stand und Fortschritte des deutschen Straßenbauwesens — Die Straßenlängen des deutschen Reiches — Uebersicht über die Aufwendungen für die preußischen Kreisstraßen im Haushaltjahr 1927 — Was muß der Bauführer von der Prüfung und Bewertung der Gesteine wissen — Ueber die Verwendung von Hochofenschlacke im Straßenbau — Neue Gesichtspunkte für die Anlage von Radfahrwegen — Grundsätzliches für den Straßenbrücken-Bau — Abriß des Teerstraßenbaues — Gleiseinbettungen — Zusammenstellung der Straßenbahnschienenprofile — Ueber die Anlage von Wohnstraßen — Von neuen Straßenbaumaschinen — Die Straßenbauelemente, einschließlich der neuzeitlichen Deckenbauweisen — Kurvenabsteckungen — Kurvenabsteckungstabelle — Preise für ausgeführte Befestigungen — Preise für Kostenanschläge — Musterbeispiele für die Veranschlagung und Kostenermittlung — Kostenangaben für Geräte und Apparate zu Asphaltuntersuchungen — Eigen- und Volumengewichte der gebräuchlichsten Baustoffe — Zulässige Beanspruchungen von Straßenbaustoffen und des Baugrundes — Temperaturangaben für den Teer- und Asphaltstraßenbau — Kraftfahrzeuge — Fahrvorschriften in den europäischen Ländern — Pflastersteinmarkt — Warnungstafeln, internationale Automobilkennzeichen, Tagesnotizbuch, Kalendarium usw.

Umfang 450 Seiten mit 150 Abbildungen.

In Kunstleder gebunden, mit Deckeltasche.

Zum Vorzugspreise von 4.00 Mk. Porto extra

Unterzeichneter wünscht Zusendung von

..... Exemplar..... gegen Nachnahme:

Name .....

Adresse .....

Gefälligst ausschneiden und im Umschlag einsenden an den

Verlag Bock & Co., G. m. b. H., Berlin W 9

Linkstraße 38, III.

Sparkasse der Bank der Arbeiter Angestellten und Beamten A.-G.

Spareinlagen von 1.— RM an werden entgegengenommen in der Zentrale Berlin, Postscheckkonto Berlin 3898, in den Filialen Bremen, Postscheckkonto Bremen 33284, Breslau, Postscheckkonto Breslau 414, Dresden, Postscheckkonto Dresden 21002, Frankfurt a. M., Postscheckkonto Frankfurt a. M. 42679, Hamburg, Postscheckkonto Hamburg 32530, sowie in den Ortsausschüssen des ADGB.

Pflasterhämmer

aus bestem Schweißstahl

Rammen, Brechstangen

und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau

liefert auch nach außerhalb

Otto Teske, Berlin N 31

Brunnenstraße 82

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht Redaktion)

In **Kamenz** am 5. November der Brecher Wilhelm Jurke, 70 Jahre alt, 23 Wochen krank. Magenleiden.

In **Stolp,** (Pom). Am 23. November der Steinmetz Heinrich Reimann, 70 Jahre alt, (Todesursache nicht angegeben).

In **Bersmold** am 24. November der Steinsetzer Friedrich Flottmann, 35 Jahre alt, Verkehrsunfall, 2 Wochen krank.

In **Berbersdorf** am 24. November der Brecher Max Weichert, 45 Jahre alt, Unfall.

In **Hannover** am 25. November der Sandsteinmetz Theodor Nolting, 61 Jahre alt, Lungentuberkulose, 9 Monate krank.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Stebold, Verlag Ernst Winckler, beide in Leipzig
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Die Steinacher Griffel-Industrie

Ungefähr vier Fünftel der gesamten Welterzeugung an Schiefergriffeln haben ihren Ursprung in dem thüringischen Orte Steinach, einem Marktflecken, der nördlich von Sonneberg an der Straße nach Lauscha liegt. In Steinach sind verschiedene Industrien heimisch, so die Eisen-, Holz-, Glas- und Spielwarenindustrie, aber in der Herstellung von Griffeln besitzt es eine Art Monopol. Denn nur in seiner Nähe kommt der auch in dem großen thüringischen Schiefergebiet verhältnismäßig selten auftretende Griffelschiefer vor, der sich in seiner Beschaffenheit wesentlich von den zur Gewinnung von Schiefertafeln, Dachplatten, Abziehsteinen, Wetzsteinen usw. geeigneten Schieferarten unterscheidet. Der Vorzug dieses Griffelschiefers besteht darin, daß er mühelos in dünne griffelförmige Stengel gespalten werden kann. Diese Spaltbarkeit ist bedingt durch das Auftreten der wahren und falschen Schieferung in ihm, d. h. bei ihm wird die ursprünglich gleichlaufende Anordnung der Gemengteile des Gesteins durch eine winklig zu ihr stehende zweite Schieferung durchschnitten. Die Gelehrten führen die Entstehung dieser Schichtung auf einen seitlichen Druck zurück, der gleichlaufend zur Richtung der wahren Schieferung wirkt.

Das Griffelschieferlager im Thüringer Wald zieht sich als ein Streifen von Südwesten nach Nordosten von Mengersgereuth bei Sonneberg über Steinach, Hohenthal, Spechtsbrunn, Gräfenthal bis in die Nähe von Saalfeld. Die Flöze in der Umgebung von Steinach sind nun die besten der Welt, während die im östlichen Thüringen geringwertiger sind, so daß hier keine Grundlage zur Entwicklung einer Griffelindustrie gegeben war. Der Griffelschiefer ist ziemlich empfindlich und kann Wärme und Kälte nicht vertragen. Daher sind bei seiner Förderung verschiedene Rücksichten zu nehmen, wenn der Schiefer seinen bergfrischen Zustand, in dem er sich am leichtesten bearbeiten läßt, behalten soll. So wird bei Unterbrechung der Gewinnungsarbeiten Erde, im Winter auch Schnee auf das bereits gebrochene Gestein geworfen, um die zersetzende Einwirkung der Luft abzuhalten, und ebenso wird überflüssiger Stein in Kellern und Stollen aufbewahrt, damit er nicht austrocknet und bröckelt. Im Gegensatz zu anderen Schieferarten ist der Griffelschiefer niemals bergmännisch gewonnen worden, sondern immer im Tagebau. Die Technik der Förderung des Schiefers hat sich bis heute kaum geändert, dagegen haben sich in der Herstellung der Griffel im Laufe der Zeit manche Wandlungen vollzogen.

Von den Anfängen der Industrie bis zum Jahre 1898 war die Griffelmacherei Handarbeit. Die Blöcke wurden behauen und dann auf einem Bock in dünne Platten zersägt. Diese Tafeln spaltete man auf der stemmeisenartig geformten Spitze des Spaltstockes durch vorsichtiges Draufklopfen mit dem Spalthammer. Die jetzt kantigen Stifte wurden in der ersten Zeit durch Schleifen oder Schaben gerundet. Als dann 1840 durch einen Steinacher Schmiedemeister die Durchstoßmaschine erfunden worden war, trieb man damit den Stift durch ein in eine Eisenplatte eingebohrtes Loch, das sogenannte Kaliber. Die Leistung eines Griffelmachers, der bisher täglich kaum 1000 Stück Griffel fertigmachen konnte, steigerte sich durch die Durchstoßmaschine auf das 4—5fache. Im Handbetrieb geht die Herstellung von Griffeln noch heute in dieser Weise vor sich.

Eine bedeutsame Umwälzung in der Betriebsweise brachte die Einführung des maschinellen Großbetriebes seit 1891. Sie fand im Zusammenhang mit der damals durchgeführten noch zu besprechenden Verstaatlichung der Schiefergruben durch den Sachsen-Meiningschen Staat statt. Seitdem wurde der Stein nur noch in Großhütten bearbeitet. Sägebock und Spaltstöcke wurden durch entsprechende Maschinen ersetzt und die Durchstoßmaschine wurde motorisch angetrieben. Die ausgelesenen Schieferblöcke kommen auf die Blocksäge und werden zu sogenannten Klötzen verarbeitet. Die zerkleinerten Stücke zerschneidet die Plattensägmaschine zu 1 Zentimeter starken Platten, die dann die Spaltmaschine in vierkantige Stäbchen teilt. Diese Stifte werden auf der Durchstoßmaschine gerundet und wandern als Rohgriffel in den Zählraum, um gewaschen, sortiert, gezählt und in Bündeln verpackt zu werden.

Die Entstehung der Griffelindustrie ist, wie die der gesamten Industrie des Meininger Oberlandes wahrscheinlich auf Nürnberger Kaufleute zurückzuführen, die bei ihren Reisen nach Erfurt und Leipzig und zurück in dem Städtchen Sonneberg haltzumachen pflegten und wohl in den Griffeln einen brauchbaren Handelsgegenstand erkannten. Doch wurden anfangs mehr Wetzsteine als Griffel hergestellt und von den Kaufleuten zum Vertrieb mitgenommen. Jedenfalls galten noch im 18. Jahrhundert die Schieferbrüche und die sich daran anlehnenden Industrien als „das rechte Mark der Sonnebergischen Handlung". In Schwung gekommen war die Herstellung von Schreibtafeln, „steinernem Papier", und Schreibstiften aus Schiefer besonders seit der Reformation, als allerorten deutsche Schulen entstanden und Bedarf nach einem billigen Schreibmittel herrschte. Die Wetzsteinmacher von Sonneberg waren die ersten, die den auf den Bergen des Röthentales gefundenen Schiefer der Schreibkunst dienstbar machten. Allmählich erschöpften sich aber die Sonneberger Brüche und die Industrie wanderte nordwärts aus, wo auf dem Fellberg bei Steinach die neu erschlossenen Brüche einen weit besseren Schiefer darboten. Die Sonneberger gaben die Griffelmacherei immer mehr auf und Steinach wurde der Hauptort der Griffelerzeugung. In kleinerem Umfange wurde diese auch in den benachbarten Dörfern Hasenthal, Haselbach und Spechtshausen ausgeübt.

Die Griffelschiefergewinnung fand lange Zeit in der Form eines wilden Raubbaus statt. Ueberall taten sich Kolonnen zusammen, die nach Griffelstein schürften. Die Brüche befanden sich durchweg auf staatlichem Boden, doch erhob die Regierung lange keine Abgaben, da sie der Griffelindustrie keine Bedeutung zumaß. Erst seit 1700 übte sie eine Art Ueberwachung aus, und seit 1715 verlangte sie für jedes Fuder abgefahrenen Griffelsteins eine kleine Abgabe. Seit 1840 endlich wurden die Brüche gegen ein festes Pachtgeld vergeben.

Die Steinacher Griffelindustrie hat sich lange Jahrzehnte mehr schlecht als recht aus eigenen Kräften zu halten gesucht. Da die Griffel lange Zeit kein selbständiger Handelsgegenstand waren, sondern wie vielfach heute noch, den Sonneberger Spielwaren beigepackt wurden, hatten die Spielwarenhändler auch den gesamten Griffelhandel in den Händen, und der Geschäftsgang in der Griffelindustrie war eng mit dem in der Spielwarenindustrie verknüpft. Starke Preisschwankungen und damit steter Wechsel von guten und schlimmen Zeiten für die Griffelmacher waren die Regel. Einige Male versuchte die Regierung dadurch, daß sie Brüche nur an eine beschränkte Zahl von Familien gab, die Uebererzeugung von Griffeln und damit starke Preissenkungen einzudämmen, aber abgesehen davon, daß das wenig Erfolg hatte, machte die 1862 eingeführte Gewerbefreiheit solche Maßnahmen hinfällig. Dann suchten die Griffler durch Zusammenschluß zu einer Genossenschaft die Preise zu heben und zu halten, aber das gelang auch nur kurze Zeit, denn sobald die Preise etwas günstiger wurden, warfen sich viele damals in Not befindliche Schachtelmacher auf die Grifflerei und brachte natürlich als Außenseiter durch Unterbieten der genossenschaftlichen Preise diese wieder zum Fallen. Die Genossenschaft zerfiel wieder, die Preise sanken von 2 Mark für das Tausend auf 0,60 Mark herunter. Dadurch und das Elend, das sich aus der Verschuldung der Griffelmacher bei ihren Händlern erhob, sah sich endlich der Staat bewogen, von sich aus in das Geschick der Griffelindustrie einzugreifen.

Im Anfang des Jahres 1891 machte die meiningische Staatsregierung der Grifflergenossenschaft Vorschläge, die Brüche in Staatsverwaltung zu übernehmen. Das bedeutete, daß die bisherigen freien Pächter der Brüche zu abhängigen Arbeitern werden sollten. Nach einigem Zögern und angesichts der Tatsache, daß bei Fortdauer des bisherigen freien Wettbewerbes das Elend unter den Grifflern immer größer zu werden drohte, stimmte man den Vorschlägen zu. Die Genossenschaft löste sich auf und ihre 350 Mitglieder wurden von der neuen herzoglichen Griffelbruchkasse für ihr eingebrachtes „Gezähe", Schienen, Handwerkszeug usw. entschädigt und als staatliche Arbeiter übernommen. Diese söhnten sich allmählich damit aus, daß sie aus Pächtern abhängige Arbeiter geworden waren, als sie sahen, daß sich die vorhandenen Mißstände langsam aber stetig besserten. Vor allem wurden zweckmäßige Arbeitsstätten geschaffen. An Stelle der baufälligen kleinen Hütten entstanden Großhütten, die 30 und mehr Arbeiter Raum zum Arbeiten boten. Ein Elektrizitätswerk im Göritzgrund versorgte die Industrie mit Licht und Kraft und durch große Entstäubungsmaschinen wurden die gesundheitlichen Verhältnisse bedeutend gehoben. Die noch bestehenden Privatbrüche mußten, um ihre Arbeiter zu halten, sich dem Vorgehen der staatlichen Werke möglichst anschließen.

Die Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse in den Griffelmacherbetrieben war vielleicht der größte Nutzen, der aus der Verstaatlichung des größten Teils der Industrie entsprang. Denn Steinach hatte noch in den 1830er Jahren den traurigen Ruhm, der ungesundeste Ort des Kreises Sonneberg zu sein. Als Hauptkrankheitsherd aber galt dort die Griffelindustrie. Der Griffelstaub ist den Atmungswerkzeugen ganz besonders schädlich, weshalb auch die Lungenschwindsucht nirgends so häufig beobachtet wurde, wie in Steinach. Auf diese Krankheit ist auch der Hauptanteil aller Todesfälle zurückzuführen, starben doch von den in den Jahren 1900 bis 1910 abgeschiedenen 60 Grifflern nicht weniger als 59 an Lungenkrankheiten. Die durchschnittliche Lebensdauer eines Grifflers beträgt in Steinach nur 50 Jahre, die der übrigen Bevölkerung 60 Jahre. Durch die Einrichtung von staubsaugenden Maschinen und Zuführern von frischer Luft, in kleinen Betrieben durch Besprengen der Fußböden hat man eine merkliche Besserung der Luft in den Werkräumen zu erreichen vermocht, aber in sehr vielen Fällen bleibt noch zu tun übrig. Besonders machen die Wohnungszustände vieles wieder zuschanden, was in den Arbeitsstätten in der Erhaltung der Gesundheit geschaffen wurde. Die früher sehr ausgedehnte Kinderarbeit hat sich stark vermindert und beschränkt sich zum allergrößten Teil auf das Bekleben der Stifte mit Papier.

Vor dem Kriege schätzte man den Weltbedarf an Schiefergriffeln auf rund 400 Millionen Stück, wovon die Staatswerke in Steinach allein etwa 300 Millionen und die übrigen Firmen des Ortes etwa 30 Millionen Stück lieferten. Von der Erzeugung nahm etwa 50 Millionen Stück das Inland auf, außerdem gingen etwa 70 Millionen in die englischen Kolonien, 70 Millionen nach den Niederlanden und ihre Kolonien. 35 Millionen nach Nord- und Südamerika, je 30 Millionen nach Oesterreich-Ungarn und Frankreich, je 25 Millionen nach Skandinavien und die Türkei. 20 Millionen nach Italien usw. Durch den Krieg hat sich in der Ausfuhr eine bedeutsame Verschiebung der Ausfuhr vollzogen. In der Zeit, in der die deutschen Erzeugnisse vom Weltmarkt verbannt waren, ist in Amerika ein Gelatinekunstgriffel aufgekommen und hat den deutschen Naturschiefergriffel vom englisch-amerikanischen Markt verdrängt. Da diese Kunstgriffel billiger als der deutsche Naturschiefergriffel verkauft werden und das deutsche Erzeugnis durch hohe Frachtkosten belastet ist, bleibt es fraglich, ob das ehemalige Absatzgebiet für den deutschen Griffel restlos zurückgewonnen werden kann. 1927 wurden 18 957 Doppelzentner im Wert von 979 000 Mark ausgeführt. Davon fast die Hälfte nach Britisch-Indien.

Mitgliederzählung vom 3. Vierteljahr 1928

Gau	Hauptgruppe	Mitgliederstand vom 2. Quart. 1928	Mitgliederstand vom 3. Quart. 1928	Zunahme	Abnahme
I. NO.	Steinarbeiter	1 894	1 617	—	277
	Steinsetzer	3 322	3 605	283	—
I. NW.	Steinarbeiter	1 688	1 705	17	—
	Steinsetzer	3 175	3 115	—	60
II.	Steinarbeiter	10 533	10 698	165	—
	Steinsetzer	2 072	2 125	53	—
III.	Steinarbeiter	13 704	13 792	88	—
	Steinsetzer	938	951	13	—
IV.	Steinarbeiter	6 256	6 511	255	—
	Steinsetzer	3 110	3 104	—	6
V.	Steinarbeiter	3 383	3 132	—	251
	Steinsetzer	1 247	1 161	—	86
VI.	Steinarbeiter	4 502	4 277	—	225
	Steinsetzer	28*	23	—	5
VII.	Steinarbeiter	4 321	4 451	130	—
	Steinsetzer	230	215	—	15
VIII.	Steinarbeiter	4 309	4 277	—	32
	Steinsetzer	208	216	8	—
IX.	Steinarbeiter	4 957	4 776	—	181
	Steinsetzer	101	98	—	3
Einzelzahler		50	42	—	8
Zus.:	Steinarbeiter	55 557	55 278	—	299
	Steinsetzer	14 451*	14 613	162	—
Gesamtmitgliederzahl		70 028*	69 891	—	137

* Berichtigte Zahlen. Im 6. Gau waren im 2. Quartal irrtümlich 67 statt 28 Steinsetzer angegeben. Hierdurch reduzierten sich auch die Gesamtziffern um 39. Die Mitgliederabnahme vom 2. und 3. Quartal beträgt daher insgesamt nur 137.

*

Wie aus der vorstehenden Tabelle zu ersehen und bereits seit zwei Monaten infolge der Geschäftslage in der Steinindustrie als sicher vorauszusehen war, hat die Steigerung der Mitgliederzahl bis zum Schlusse des 3. Vierteljahrs nicht angehalten. Es ist sogar ein kleiner Rückgang von 137 Mitgliedern im Vergleich zum 2. Vierteljahr eingetreten. Der Rückgang wohl deshalb, weil im Laufe des Vierteljahres die Arbeitsgelegenheit auffallend abstoppte. Allerdings wurde zum Teil der etwas höhere Rückschlag der Mitgliederzahl in der Steinindustrie ausgeglichen durch Mitgliederzunahme im Steinsetzgewerbe. Der Rückgang bei den Steinarbeitern beträgt 299, während bei den Steinsetzern eine Zunahme von 162 zu verzeichnen ist.

Auf 721 Orte oder Zahlstellen in 10 Gaubezirken verteilen sich die 69 891 Mitglieder, unter denen 585 weibliche und 1739 jugendliche Mitglieder gezählt wurden.

Das gegenwärtige letzte Vierteljahr zeigt noch schlechtere Arbeitsgelegenheit als das 3.; besonders aus fast allen Hartsteinbezirken wird von Entlassung, Kurzarbeit, Betriebsstilleledung berichtet, was sich zweifellos auf den Mitgliederstand auswirkt. Nun hat die bisherige Werbearbeit sicherlich eine stärkere Verbandstreue gezeitigt, denn in den Vorkriegszeiten war, wenn die Arbeitsgelegenheit nachließ, immer ein viel größerer Mitgliederabgang zu verzeichnen. Das ist das Erfreuliche aus der vorliegenden Mitgliederzählung und wird auf das Konto unserer rührigen Funktionäre zu buchen sein.

Vorstandssitzung des ADGB

(JGB.) Auf einer am 19. und 20. November in Amsterdam abgehaltenen Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (JGB.), der die Genossen W. Citrine (England), H. Jacobsen (Dänemark), L. Jouhaux (Frankreich), Th. Leipart (Deutschland), C. Mertens (Belgien), R. Tayerle (Tschechoslowakei) und Generalsekretär Joh. Sassenbach beiwohnten, wurden folgende wichtigen Beschlüsse gefaßt:

Ausschußsitzung 1929: Die im Jahre 1929 in Prag stattfindende Ausschußsitzung wurde auf Freitag, den 24., Sonnabend, den 25., und eventuell Sonntag, den 26. Mai festgesetzt. Vor der Ausschußsitzung sollen am 22. Mai die Vorstandssitzung und am 23. Mai die Konferenz der internationalen Berufssekretariate abgehalten werden. Die Sitzungen des Ausschusses sind öffentlich, d. h. sie sollen, falls es sich nicht um die Behandlung rein administrativer Angelegenheiten handelt, auch den Gewerkschaftsmitgliedern des betreffenden Landes, der Presse und anderen Eingeladenen offen stehen. Es wurde weiter beschlossen, die dem JGB. nicht angehörenden, befreundeten Landeszentralen einzuladen, der Ausschußsitzung als Gäste beizuwohnen. Hierbei hatte man hauptsächlich die Landeszentralen der überseeischen Länder im Auge, die diesmal Gelegenheit haben, ihre an der Arbeitskonferenz in Genf teilnehmenden Vertreter auch zu der unmittelbar vor der internationalen Arbeitskonferenz anberaumten Ausschußsitzung zu delegieren. Auf diese Weise werden die Vertreter der dem JGB. nicht angehörenden Landeszentralen mit der Arbeitsweise, den Aufgaben und der Organisation des JGB. näher bekannt werden. Die dabei zustandekommenden persönlichen und organisatorischen Beziehungen werden ohne Zweifel dem endgültigen Anschluß an den JGB. förderlich sein.

Beziehungen zu nicht angeschlossenen Organisationen. Diese Frage wurde eingehend erörtert, wobei besonders die Möglichkeit des Anschlusses der Gewerkschaften in Ländern, in denen die Gewerkschaftsbewegung erst im Entstehen begriffen ist und wo die Löhne und somit auch die Beiträge noch sehr niedrig sind, besprochen wurde. Das Sekretariat wurde beauftragt, bis zur nächsten Sitzung eine Vorlage auszuarbeiten, in der alle den Anschluß hindernden Faktoren berücksichtigt und Vorschläge gemacht werden, um die vorhandenen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und einen Anschluß zu ermöglichen.

Unterstützungsfragen: Verschiedene Unterstützungsgesuche wurden behandelt und in zweckentsprechender Weise erledigt.

Gewerkschaftliches Komitee für Jugend- und Bildungsfragen: Es wurde beschlossen, dieses Komitee demnächst zu einer Sitzung einzuberufen, auf der besonders die Frage der Bildungsbestrebungen unter der arbeitenden Jugend behandelt werden soll. Auf Ersuchen des Internationalen Berufssekretariats der Lehrer und der Angestellten-Internationale soll je ein Vertreter dieser Internationalen mit beratender Stimme zu dieser Tagung zugezogen werden.

Bezahlte Ferien für Arbeiter und Angestellte: Es wurde beschlossen, diese Frage als besonderen Punkt auf die Tagesordnung der Ausschußsitzung zu setzen. Um eine erfolgreiche Behandlung zu ermöglichen, sollen die Landeszentralen ersucht werden, auf Grundlage eines Fragebogens Angaben über die Dauer, die Bezahlung und den Umfang der jährlich gewährten Urlaube und die diesbezüglichen gesetzlichen und tarifvertragsmäßigen Bestimmungen zu machen.

Internationale Arbeitskonferenz 1929: Die auf dieser Konferenz zur Behandlung gelangenden Fragen sowie die vom JGB. einzuleitenden Erhebungen wurden besprochen, und es wurden verschiedene diesbezügliche Maßnahmen getroffen. In diesem Zusammenhange erstattete Genosse C. Mertens einen Bericht über die letzte Sitzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes in Warschau. Die nächste Vorstandssitzung findet am 29. und 30. Januar 1929 statt.

Die deutsche Regierung baut die Zölle ab

Die Weltwirtschaftskonferenz vom Mai 1927 hat den Staaten zwecks Ueberwindung der Handelshemmnisse und die Herbeiführung einer größeren Freiheit des internationalen Handels empfohlen, die Ein- und Ausfuhrverbote aufzuheben und die Zollsätze auf ein erträgliches Maß zu senken. Der Reichswirtschaftsrat hat im April dieses Jahres einstimmig beschlossen, den Beschlüssen der Weltwirtschafskonferenz beizutreten und die Reichsregierung zu einer entsprechenden Vorlage zu ersuchen. Nunmehr hat der Reichsrat in seiner Sitzung vom 23 .November den Gesetzentwurf zur Ausführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz angenommen. Im Artikel 1 dieses Gesetzes wird die Ratifikation dieses Abkommens über die Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote für Knochen, Häute und Felle ausgesprochen. Artikel 2 enthält die Bestimmungen über die Herabsetzung autonomer Zölle. Soweit das letztere in Frage kommt, handelt es sich um Ermäßigung von Zollsätzen, deren Beibehaltung heute nicht mehr gerechtfertigt erscheint. Deutschland steht mit 16 verschiedenen Staaten in Handelsbeziehungen, die auf Handelsverträgen beruhen. Insgesamt gibt es 946 Zollpositionen, wovon durch das neue Gesetz 141 eine zum Teil wesentliche Aenderung erfahren sollen. Es handelt sich allerdings um Produkte, die in der deutschen Einfuhr keine erhebliche Rolle spielen. Die Senkung von Agrarzöllen ist allerdings nur in geringem Umfange in Aussicht genommen. Es handelt sich um unbedeutende Erzeugnisse, wie einige Samen, Beeren, Blätter, Blüten und Holzsorten. Wesentlich ausgedehnter sind die Zollermäßigungen bei Industriezöllen. Bezüglich der chemischen Produkte beziehen sie sich in der Hauptsache auf Waren, in denen Deutschlands Stellung gesichert ist. Auf dem Gebiete der Textilien sollen die Zölle für Teppiche, einige Samt- und Wollplüscharten, Baumwollfilze, Ramiegarne, gewisse Flachshanf- und Jutegewebe, Spitzenstoffe, Stickereigrundstoffe usw. herabgesetzt werden. Ferner sind noch zu erwähnen: Ermäßigungen oder vollständige Zollfreiheit für Handschuhleder, Kautschukartikel, Holzhäuser, Holzkonstruktionen, einige Papierwaren, Spielkarten, elektrotechnische Isoliergegenstände, Brillen, Mikroskope, Stein- und Zementartikel, Bodenplatten usw. Außer den Ermäßigungen und Aufhebungen von Zollsätzen sollen in Einzelfällen Lücken des Tarifs ausgefüllt und notwendige Anpassungen an die wirtschaftliche Entwicklung vollzogen werden. Der Reichsfinanzminister soll auch die Befugnis erhalten, zollpflichtige Abfälle und Rückstände, die zur Gewinnung von Metallen und Metallgewinnungen bestimmt sind, unter Zollsicherung zollfrei zu lassen.

Mit der Zollsenkungsaktion löst die Regierung das Versprechen ein, welches der Reichswirtschaftsminister des öfteren gegeben hat, und das die frühere Regierung immer wieder zu verhindern wußte. Gewiß sind die Senkungen nicht von allzu großer Bedeutung; doch ist es erfreulich, daß endlich einmal ein Anfang gemacht wird. Deutschland geht damit den übrigen Staaten voran. Gehen andere Staaten über die Zugeständnisse, die Deutschland macht, hinaus, dann wäre der Weg frei für weitere Zollermäßigungen. Die finanziellen Auswirkungen der Zollsenkungsaktion sind nicht sehr groß. 95 Prozent der gesamten deutschen Zolleinnahmen werden von rund einem Dutzend großer Artikel, wie Getreide, Kaffee, Tee, Mineralöl usw. aufgebracht. Eine Senkung der Lebensmittelpreise z. B. ist also nicht zu erwarten. Trotzdem begrüßen wir den beabsichtigten Schritt an sich.

Leitfaden für Betriebsräte. Mit Anleitung über das Wahlrecht und das Wahlverfahren für die Betriebsräte. Die Broschüre enthält in gedrängter Kürze alles, was jeder Betriebsrat unbedingt wissen muß und ist somit ein wirklicher Leitfaden. Der Verkaufspreis des Einzelexemplars beträgt 50 Pfg. Zu beziehen vom Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Frankfurt a. M., Allerheiligenstr. 51.

„Arbeiter-Sprachzeitung". Die 11. und 12. Nummer dieser sozialistischen Monatsschrift, herausgegeben von H. Fuchs, dem Leiter der Sprachenschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins, ist als Doppelheft erschienen. Aus dem Inhalt der neuen Nummer: Wie schreibt der Redakteur?; Eine notwendige Reform unserer Rechtschreibung; die Kriegsächtung in der Schule; Hauptschwierigkeiten in der deutschen Sprache; Französisch für Vorgeschrittene (Texte aus französischen Partei- und Gewerkschaftszeitungen); Englisch (mit Aussprachebezeichnung) für Anfänger und Vorgeschrittene. — Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1,20 Mk. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch alle Parteibuchhandlungen, durch die Postanstalten oder durch die „Arbeiter-Sprachzeitung", Berlin W. 57, Zietenstr. 6a.

Mehr Menschlichkeit!

Der Kapitalismus hat das Leben so berechnend gestaltet und so nüchtern gemacht und so ohne Wärme und Menschlichkeit. Jeder ist eine Nummer im arbeitenden Leben. Jeder ist ein wirtschaftlicher Energiewert, und nur als solcher wird er geschätzt. Darum ist das Leben der Arbeit so wenig erfreulich, so wenig den innerlichen Menschen befriedigend.

Dieser geistige Charakter des Arbeitslebens hat leider auch auf das Zusammenleben der arbeitenden Menschen abgefärbt. Da steht in der Stätte des Schaffens so oft nur der wirtschaftliche Energiewert neben dem wirtschaftlichen Energiewert und so wenig der Mensch neben dem Menschen. Muß das sein?

Es heißt dem kapitalistischen Geiste doppelt zu dienen, wenn ihm auch noch die Menschlichkeit im Zusammenleben der Arbeitenden geopfert wird.

Wenn der Mensch einmal das Höchste im Zusammenleben bedeuten soll, dann wollen wir dieses Menschliche in uns allen erhalten und pflegen und freundlich zum Menschen sein. Und eine Gemeinschaft der Schaffenden bilden. Und Kollegialität durchglüht sein lassen von Menschlichkeit.

Und besonders zu den Jungen wollen wir freundlich sein, damit sie fühlen, was Menschentum bedeutet. Und damit sie niemals irre werden am Menschentum.

Menschlich untereinander! Und wir dienen auch damit unserer Befreiung, denn wir erleben damit täglich der großen Befreiung Sinn.

Der Lehrvertrag ist in jedem Fall ein Arbeitsvertrag

Die Gewerkschaften haben ihren jahrzehntelangen Kampf um die Anerkennung des Lehrvertrages als Arbeitsvertrag vor dem Reichsarbeitsgericht nunmehr endgültig gewonnen. Bereits am 14. März 1928 (RAG. 13 sowie 75 und 76/1927) hat das Reichsarbeitsgericht anerkannt, daß der Lehrvertrag im Baugewerbe ein Arbeitsvertrag im Sinne der Tarifvertrags-Verordnung ist. Damals hatte das Reichsarbeitsgericht eine allseitige Kritik über sich ergehen lassen müssen (siehe hierzu z. B. den Artikel in dem vom ADGB.-Vorstand herausgegebenen „Jugend-Führer", Maiheft 1928), weil das höchste Gericht es vermieden hatte, grundsätzlich Stellung zu nehmen und seine damalige Entscheidung nur auf die Entwicklung der tatsächlichen Verhältnisse im Baugewerbe abgestellt hatte. Das damals Versäumte hat das Reichsarbeitsgericht aber nunmehr in einer Entscheidung vom 19. September 1928 (RAG. 104/28) in jeder Beziehung nachgeholt.

Es hat sich diesmal um einen Lehrling im Bankgewerbe gehandelt, wo das Reichsarbeitsgericht ebenfalls festgestellt hat, daß der Lehrvertrag ein Arbeitsvertrag ist. Der grundsätzliche Teil dieser Entscheidung lautet folgendermaßen:

„Endlich ist aber auch für die Entscheidung nicht außer Betracht zu lassen, daß für die Anerkennung des Lehrvertrages als Arbeitsvertrag in jedem Falle zu werten ist, daß der Lehrvertrag als Vorstadium des Arbeitsvertrages seines Fachs in engster wirtschaftlicher Verbindung mit dem Vollarbeitsvertrag steht und bei dem Ineinandergreifen der Arbeitsleistung der gelernten Arbeitnehmer und der Lehrlinge eine wirkliche Ordnung der Arbeitsverhältnisse des Fachs eine Mitregelung des Lehrlingswesens notwendig fordert."

Diese Feststellung des Reichsarbeitsgerichtes ist für die Gewerkschaften von ganz außerordentlicher Wichtigkeit, denn nach dieser Auffassung des höchsten Gerichtes wird die von den Gewerkschaften vertretene Ansicht in jeder Beziehung auch dahingehend anerkannt, daß die Regelung der Lehrverhältnisse zusammen mit der Regelung des Arbeitsvertrages der erwachsenen Arbeiter im Tarifvertrag notwendig erfolgen muß. Außerdem hat ja das Reichsarbeitsgericht in den Entscheidungen vom 14. März 1928 (RAG. 13 sowie 75 und 76/1927), vom 16. Mai 1928 (RAG. 117/27) und vom 4. Juli 1928 (RAG. 30/28) noch grundsätzlich entschieden, daß die Anordnungen der Handwerkskammern und Innungen über die Regelung der Lehrverhältnisse mit Ausnahme jener über die Dauer der Lehrzeit, die objektives Recht darstellen, nur die Lehrherren gegenüber den Handwerkskammern und Innungen binden, privatrechtliche Verpflichtungen zwischen Lehrherren und Lehrlingen dagegen nicht begründen.

Nach den nunmehr insgesamt vom Reichsarbeitsgericht für den Lehrvertrag aufgestellten Grundsätzen ist es den Handwerkskammern und Innungen nicht mehr möglich, die Ausgestaltung der Lehrlingsverhältnisse im Tarifvertrag durch die Gewerkschaften irgendwie rechtswirksam zu stören.

Der vorliegende Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes, der vor Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes ausgearbeitet worden ist, hat diese überaus günstige Entwicklung für die Gewerkschaften nicht voraussehen können und auch nicht voraussehen wollen. Hier hat mittelalterlicher Innungsmeistergeist noch einmal den Versuch unternommen, die Entwicklung in die Vergangenheit zurückzuschrauben. Man wollte durch den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes die tarifliche Regelung der Lehrlingsverhältnisse unmöglich machen. Dagegen haben sich bisher die Gewerkschaften mit Entschiedenheit bei allen Beratungen über diesen Entwurf gewendet. Nachdem aber nunmehr das Reichsarbeitsgericht diese Fragen für die Gegenwart vollkommen im Sinne der von den Gewerkschaften vertretenen Auffassung geklärt hat, werden es die Dunkelmänner der Vergangenheit nicht mehr wagen können, ihre mittelalterliche Idee weiter aufrechtzuerhalten. Der Geist der Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts, der getragen ist von der Idee des Kollektivismus, wird auch das zu schaffende Berufsausbildungsgesetz erfüllen müssen. Auf eine andere Regelung werden sich die Gewerkschaften nicht einlassen können.

Beurteilung des Sonderschutzes für Jugendliche*

Wenn wir das Hauptstück der sozialpolitischen Sondergesetzgebung für Jugendliche, das besondere Arbeiterschutzrecht für sie, betrachten, so sehen wir, daß es zwei Gruppen der Jugendlichen: solche unter 16 Jahren und solche unter 18, in vielen Hinsichten scharf voneinander hält. Zwar werden diese beiden Gruppen auf dem Gebiete des Fortbildungsschutzes, Arbeitsvertragsschutzes und anderen meist gleichgestellt. In solchen aber für die körperliche und geistige Entwicklung der jugendlichen Arbeiter wichtigen Fragen, wie Betriebsschutz und zum Teil Arbeitsvertragsschutz, genießt die zweite Gruppe der Jugendlichen einen viel geringeren Schutz als die erstere, ja sie wird in besonders wichtigem Gebiet des Arbeitszeitschutzes den Erwachsenen gleichgestellt. Und es fragt sich: ist diese Scheidung gerechtfertigt, ist mit der Altersgrenze von 16 Jahren wirklich das körperliche Wachstum der Jugendlichen und ihre geistige Verfassung derart vorgeschritten, daß sie eine längere Arbeitszeit, Nachtarbeit, mehr anstrengende Arbeitsverrichtungen und dergleichen auszuhalten vermögen, ohne daß das soziale Ganze leidet?

Viel und maßgebende Sachverständige verneinen diese Frage. Wir müssen uns freilich versagen, die zahlreichen Urteile von Aerzten, Sozialpolitikern, Gewerbeinspektoren und anderen hier wiederzugeben. Bemerkenswert ist das Urteil des Professors Gruber, der die gegenwärtige Schutzgrenze von 16 Jahren als physiologisch absolut nicht begründet bezeichnet. Er weist nach, daß die recht ungünstigen Gesundheitsverhältnisse der jungen Männer in Deutschland — rapide Steigerung der Tuberkulosesterblichkeit, große Unfallhäufigkeit bei den Jugendlichen, weit verbreitete Berufs- und Geschlechtskrankheiten und so fort — auf den mangelhaften Schutz der männlichen Jugend über 16 Jahre zurückzuführen ist. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt Dr. Kaup nach eingehender Betrachtung der physiologischen Tatsachen der Entwicklungsphase der Jugendlichen und der Gesundheitsverhältnisse der letzteren.

Pfarrer Suderow äußerte sich zu dieser Frage auf der Tagung des Ausschusses der deutschen Jugendverbände im April 1925 folgendermaßen: „Die bisherigen Jugendschutzbestimmungen, die mit dem 16. Lebensjahre schon den Jugendlichen als Erwachsenen stempeln, sind ein sozialpolitischer Torso und ein wissenschaftliches Monstrum."

Das Bedürfnis nach einem besonders erhöhtem Schutz für Jugendliche unter 18 Jahren ist in England schon in den Dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts anerkannt worden. Auch dehnen heute die meisten Länder der Welt den erhöhten Arbeiterschutz auf alle Jugendlichen aus. Auch in Deutschland scheint diese Erkenntnis schon 1890 vorgeschwebt zu haben, als die deutsche Regierung auf der ersten Internationalen Arbeiterschutzkonferenz mit sieben anderen Staaten dafür gestimmt hat, „daß den jungen Männern von 16 und 18 Jahren ein besonderer Schutz gewährt wird in betreff a) eines Maximalarbeitstages, b) der Nachtarbeit, c) der Sonntagsarbeit und d) ihrer Verwendung bei besonders ungesunden und gefährlichen Arbeiten". Es ist um so erstaunlicher, daß bisher die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung hinsichtlich dieser Gruppe der Jugendlichen so wenig vorgeschritten ist. Eine Weiterbildung auf diesem Gebiet tut sehr not. Die Stimmen von allen Seiten werden immer lauter. Der weiter oben erwähnte Regierungsentwurf eines Arbeitsschutzgesetzes von 1927, welcher die stark zersplitterte Arbeiterschutzgesetzgebung einheitlich zusammenfassen und systematisch ausbauen soll, enthält — was die Jugendlichen anbetrifft — einen gewissen Fortschritt auch in materieller Hinsicht. So wird der Schutz der Jugendlichen grundsätzlich bis zum 18. Lebensjahre ausgedehnt, wobei jedoch für die Jugendlichen zwischen 16 und 18 Jahren zahlreiche Ausnahmebestimmungen aufrecht erhalten worden sind.

Forderungen an die sozialpolitische Gesetzgebung*

Es ergeben sich manche Forderungen an die sozialpolitische Gesetzgebung, die im Interesse der heranwachsenden Generation und somit der ganzen Gesellschaft und Volkswirtschaft ihre Verwirklichung erheischen. Um die wichtigsten zu nennen, seien die folgenden erwähnt:

Ausdehnung der Schutzbestimmungen für Jugendliche auf alle Personen unter 18 Jahren.

Unbedingte Einhaltung des Maximalarbeitstages von 8 Stunden, Einbeziehung der Unterrichtsstunden in der Fortbildungsschule in die gesetzliche Arbeitszeit; völliges Verbot der Nachtarbeit für Jugendliche, ohne Zulassung von Ausnahmen, ebenso Verbot der Sonn- und Feiertagsarbeit; gesetzliche Sicherung eines Urlaubs von 2 bis 3 Wochen unter Fortzahlung des Lohnes.

Verstärkung des Betriebsschutzes für alle Jugendlichen und Erweiterung des völligen Verbotes der Beschäftigung in gefährlichen und gesundheitsschädlichen Betrieben.

Verwirklichung der allgemeinen Fortbildungsschulpflicht für die Jugendlichen in sämtlichen Wirtschaftszweigen kraft Gesetzes.

Auch für Lehrlinge, die meist im jugendlichen Alter stehen, drängen sich viele Forderungen auf.

So vor allem die Unterstellung des Lehrvertrages unter tariflicher Regelung, Aufhebung des Züchtigungsrechts des Lehrherrn, Festsetzung einer bestimmten angemessenen Lehrzeit (2 bis 3 Jahre), Festsetzung der Höchstlehrlingszahl u. a. m.

Obige Forderungen an die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung werden meist seit Jahren, ja sogar Jahrzehnten, von verschiedenen Seiten — Gewerkschaften, Gesellschaft für Soziale Reform und anderen — erhoben. Schon 1907 finden wir in der ziemlich langen Reihe von Forderungen der ersten Internationalen Sozialistischen Arbeiterjugendkonferenz in Stuttgart solche weitgehende, wie das absolute Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeitskräfte vor vollendetem 16. Lebensjahr, 6stündiger Maximalarbeitstag für Jugendliche unter 18 Jahren u. a. Die heutigen Forderungen, wie sie z. B. der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände, der zirka 70 Jugendverbände verschiedener Richtung mit über 3½ Millionen Mitgliedern repräsentiert, auf seinen Tagungen im April und Oktober 1925 erhebt, bleiben hinter jenen weit zurück und entsprechen im großen und ganzen den oben hervorgehobenen. Dies zeigt noch ein übriges Mal, daß die Gewerkschaften und die von ihnen beeinflußten Jugendverbände gerade in der Gewerkschaftsarbeit „ein besseres Ausmaß für die Abschätzung der realen Mächte des Lebens" gewonnen haben, der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands volle Rechnung tragen und Forderungen im Rahmen des Erreichbaren und wirtschaftlich Möglichen aufstellen.

Zwar sind sozialpolitische Maßnahmen oft ein Antrieb zur Rationalisierung der Wirtschaft und zur Ausnutzung von technischen Fortschritten. Die Sozialpolitik muß aber immer wieder die volkswirtschaftlichen, auch privatwirtschaftlichen Interessen ins Auge fassen. Denn sozialpolitische Maßnahmen verfehlen ihre Wirkung, wenn sie ohne Rücksicht auf die Wirtschaft durchgesetzt werden, ebenso wie eine Ueberspannung der Steuerschraube oft zum Versiechen von Steuerquellen führt. Andererseits aber muß eine rationell verfahrende Volkswirtschaft, wie eine Privatwirtschaft, häufig Opfer in der Gegenwart um der Zukunft willen bringen. Eine Volkswirtschaft darf nicht „von der Hand in den Mund" leben, sondern hat auf die Entwicklung ihrer produktiven Kräfte in der nächsten und fernen Zukunft bedacht. Schließlich ist immer wieder zu betonen, daß die Wirtschaft nicht Selbstzweck, sondern daß sie vielmehr den höheren Zwecken der in einer Gesellschaft zusammengeschlossenen Menschen zu dienen hat.

All diese Momente und andere mehr sind bei der Erörterung der Frage der wirtschaftlichen Möglichkeiten des Schutzes der jugendlichen Volkskraft in Erwägung zu ziehen. Die gesetzlichen Grundlagen für die rasche Verwirklichung der obigen und anderen Forderungen in bezug auf die jugendlichen Arbeiter zu schaffen, ist eine dringende Aufgabe der heutigen deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung.

* Die beiden Abhandlungen sind in einer kleinen gut informierenden Schrift „Diei Jugendlichen in der deutschen sozialpolitischen Gesetzgebung" von Dr. O. Potschter, entnommen. Zu beziehen aus der Verlagsbuchhandlung K. Zwing, Jena.

Von einem jugendlichen Kollegen

Ein äußerst aktuelles Problem für die Gewerkschaften ist ohne Zweifel das ihres Nachwuchses, also der Jugend. Ueberall, wo man hinsieht, eine völlig desinteressierte, phlegmatische, vom Taumel der seichten Vergnügungen erfaßte Jugend. Hier müßte nun eigentlich eine viel intensivere Belehrung seitens der älteren Kollegen einsetzen, aber gerade in diesem Punkte liegt vieles im argen. Man betrachtet eben den jungen Arbeiter, wie in seligen Großvaters Zeiten, als Mensch zweiter Ordnung, gerade gut genug, statt ihnen Freund und Berater zu sein, an ihnen tolle Streiche zu verüben oder Mißmut an ihnen auszulassen. Immer sollte man bedenken, daß der junge, sich geistig und körperlich erst entwickelnde Mensch infolge einer ganz anderen, raffinierteren Arbeitsmethode viel schwerer zu ringen hat, als wie ein Erwachsener. Der Jugendliche muß über die Notwendigkeit und den Zweck der Gewerkschaften, des Gegenpols der wirtschaftlichen Reaktion und Uebermacht, gründlich nach seiner Eigenart aufgeklärt, informiert werden, damit er gern und freudig und vor allen Dingen bewußt zu uns kommt; denn wir brauchen Kämpfer, keine Statisten. Immer soll man mit gutem Beispiel vorangehen, immer überzeugend wirken, niemals einen Zwang ausüben; denn ein zu einer Sache gezwungener Mensch wird dieser mehr schaden als nützen. Ein ebenso altes wie wahres Wort sagt: „Wem die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft." — Mögen sich diese paar Zeilen mit zum Gedeihen der Gewerkschaftsbewegung in der Steinarbeiterjugend beitragen.

M.

Buch und Arbeiterschaft

Die Arbeiterschaft der Welt ringt um ihre soziale Geltung. Mit Erbitterung führt sie schon fast ein Jahrhundert lang den Kampf gegen die ungeheure Uebermacht des Kapitalismus, und langsam, aber stetig, verbreitert sich die Basis ihrer Machtposition in Wirtschaft und Gesellschaft. Je mehr der demokratische und soziale Gedanke, der die Arbeiterschaft bewegt, sich durchsetzt, um so größer werden die Aufgaben, welche die Gesellschaft ihren Funktionären zuweist. Es bedarf gewaltiger Anstrengungen, um dem Arbeiter einen solchen Grad von Bildung und Schulung zu vermitteln, daß ihm ein erfolgreiches Wirken zum Nutzen seiner Klasse ermöglicht wird. Um die große Aufgabe der Bildung und Schulung des Arbeiters bemühen sich zahlreiche, dem geistigen Ringen der Arbeiterklasse nahestehende intellektuelle Kräfte. Die Wirtschafts- und Gewerkschaftsschulen, die Akademie der Arbeit, die Volkshochschulen, die Bildungskurse der Organisationen erfassen bereits einen wesentlichen Teil der bildungsbeflissenen Arbeiter. Es bleibt aber immer noch die Notwendigkeit bestehen, auch dem sich nicht weiter aus der Masse hervorhebenden Arbeiter neue geistige Erkenntnisse zu vermitteln. Das gedruckte Wort bleibt das ideale Mittel der Massenschulung, die Zeitung, die Zeitschrift und vor allen Dingen das Buch.

Das Lesen der Zeitung darf dem denkenden Arbeiter nicht genügen. Die Zeitung wird für den Tag geschrieben, kann bei ihrer Vielseitigkeit die Dinge meist nur oberflächlich behandeln. Wer Wert darauf legt, in ein Problem gründlich einzudringen, sich über irgendwelche Fragen laufend und eingehend zu orientieren, kann sich das Lesen von Zeitschriften und Büchern nicht ersparen.

Die wertvollsten Anregungen und das nachhaltigste Wissen wird der Arbeiter aus der Lektüre eines guten Buches schöpfen. Der Gesichtskreis des in dem modernen Arbeitsprozeß eingespannten Menschen verengert sich immer mehr. Das gute Buch kann die wichtige Rolle eines Vermittlers zur sozialen Umwelt übernehmen. Das Buch führt den Leser über den grauen Alltag hinau, verleiht ihm neue Energien und gibt ihm die Kraft, beim Befreiungskampfe der Arbeiterklasse tätig mitzuarbeiten.

Deutschland marschiert mit seiner Buchproduktion immer noch ziemlich an der Spitze aller Staaten der Welt. Nach dem Bericht des Börsenblattes für den deutschen Buchhandel erschienen im Jahre 1927 31 026 neue Bücher. (1926 30 064 neue Bücher.) In den Jahren 1913 bis 1921 erschienen allein in Deutschland rund 342 000 neue Bücher, das sind rund 130 000 Bücher mehr als in England, Frankreich, Italien und den Vereinigten Staaten zusammen in dieser Zeit erschienen sind. Vergleicht man die Zahl der Bucherscheinungen mit der Bevölkerungsziffer, so kamen in dieser Zeit in den Vereinigten Staaten auf 11 500 Menschen ein Buch, in Frankreich auf 6500, in Deutschland auf 2200 Menschen ein Buch. Uebertroffen wird Deutschland von einigen kleinen Staaten, den Niederlanden, wo auf 1500 Menschen und Dänemark, wo auf 850 Menschen ein Buch kam.

Die Buchpreise sind immer noch ziemlich hoch, und es ist eine gängige Redensart, daß die Bücher zu teuer seien. Nach den Erhebungen des Buchhändlerbörsenvereins betrug der Durchschnittsladenpreis für das Buch im Jahre 1927 5,55 Mark gegenüber 5,21 Mark im Jahre 1926. Es ist also im allgemeinen bei den Büchern eine Preissteigerung eingetreten. Der Durchschnittspreis für die „schöne Literatur" ist dagegen um rund 25 Prozent zurückgegangen. Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Bücher im Verhältnis zum Verdienst des Arbeiters zu teuer sind. Das sollte alle Bücherliebhaber aus Arbeiterkreisen bewegen, bei Käufen, die sie trotzdem vornehmen, doppelt vorsichtig zu sein, und das Geld nur für wirklich wertvolle Bücher auszugeben. Den Bedürfnissen der Arbeiterschaft entgegenkommend, haben in letzter Zeit fast sämtliche Volksbuchhandlungen Deutschlands ein Teilzahlungssystem eingeführt, wo gegen geringe wöchentliche Ratenzahlungen Bücher nach Bedarf bezogen werden können.

Wenn man die oben angeführten Zahlen näher betrachtet, wird offenbar, daß hinsichtlich des Angebots an Büchern in Deutschland kein Mangel besteht. Man könnte daraus schlußfolgern, daß Deutschland einen Ueberschuß an geistig produktiven Kräften habe. Es würde keinen Schaden für die Kultur bedeuten, wenn die größere Mehrzahl der jährlich erscheinenden Bücher ungedruckt bliebe.

Die auf den Markt kommenden Bücher wollen natürlich abgesetzt sein. Es ist gewiß, daß ein großer Teil der literarischen Produktion auf den verschiedensten Kanälen in das arbeitende Volk fließt. Wer davon weiß, wie wenige Bücher es wirklich verdienen, von der Arbeiterschaft gelesen zu werden, der muß mit allen Kräften zu verhindern suchen, daß die geringen Mittel, die im Arbeiterhaushalt für kulturelle Bedürfnisse zur Verfügung stehen, für wertloses Kulturgut verausgabt werden. Alle Bücherkäufer sollten zweifelhaften Angeboten von Bücherreisenden oder offenkundigen Schwindelinseraten mit größter Vorsicht gegenüberstehen. Es ist zweckmäßig, sich vor dem Kaufentschluß vom Volksbuchhändler oder sonst einem wirklichen Bücherkenner beraten zu lassen.

Wer sich langsam eine kleine, aber wirklich wertvolle Bibliothek erarbeiten will, lasse sich nach Möglichkeit vom Volksbuchhändler beraten. Außerdem gibt es jedem Leser zugängliche bibliographische Hilfsmittel, die außerordentlich wertvoll sind. Zunächst sei hier die schon seit drei Jahren alljährlich erschienene Broschüre „Das Buch des Arbeiters" (Verlag Kaden u. Co., Dresden) genannt. Außerdem erschien als Hilfsmittel zum Aufbau kleiner wissenschaftlicher Arbeiterbibliotheken eine kleine Schrift im Verlage J. H. W. Dietz, Berlin. Die „Bücherwarte", eine Zeitschrift für sozialistische Buchkritik (Dietz-Verlag), bespricht laufend Neuerscheinungen aus allen Gebieten der Literatur. Wer über wertvolle Jugendschriften unterrichtet sein will, bediene sich des vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit herausgegebenen Ratgebers „Das gute Kinder- und Jugendbuch". Vor allem auf dem Gebiete der Jugendliteratur ist der Schund und Kitsch im Uebermaß vorhanden, deshalb sei man bei der Auswahl von Buchgeschenken für Kinder besonders vorsichtig. Und, es kann nicht oft genug gesagt sein, vermeidet die Warenhäuser und bürgerlichen Klitschen, die unter dem Vorwande der Billigkeit den Käufern vielfach wertloses Zeug aufzudrängen versuchen.

Da sich aber auch heute noch nicht jeder Bücher kaufen kann und mag, bleibt es die hohe Aufgabe der Arbeiterbibliotheken, die Masse der bildungshungrigen Arbeiter mit gutem Lesestoff zu versorgen und es müssen ihnen die zur Erfüllung ihrer Aufgabe notwendigen Mittel zufließen. Für Leiter der Arbeiterbibliotheken erschien kürzlich, herausgegeben vom Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, ein „Leitfaden für Arbeiterbüchereien", auf den an dieser Stelle besonders hingewiesen sei. Auch auf die öffentlichen Bibliotheken muß die Arbeiterschaft immer mehr Einfluß zu gewinnen versuchen. Es ist nicht gleichgültig, ob die Masse der Bevölkerung mit Büchern gespeist wird, welche die sozialen Gegensätze in der Gesellschaft in Vergangenheit und Gegenwart bewußt oder unbewußt verschweigen und dem Leser so eine Scheinwelt vortäuschen.

Einige Worte seien noch den Buchgemeinschaften gewidmet. Der Grundgedanke der Buchgemeinschaft liegt durchaus im Sinne der kämpfenden Arbeiterbewegung. Dieser Art der Buchproduktion wird wahrscheinlich auch die Zukunft gehören. Heute sind viele Buchgemeinschaften für die Arbeiter eine große Gefahr. Die massenhafte Verbreitung von Büchern zweifelhafter Autoren ist leicht gemacht, während es auf der andern Seite manchem guten Schriftsteller kaum gelingt, die Auflage seines Buches über das erste Tausend hinauszubringen. Die Mitgliedschaft bei den proletarischen Buchgemeinschaften, dem Bücherkreis und der Büchergilde Gutenberg kann ohne Bedenken empfohlen werden. Dort sind eine Reihe guter Bücher erschienen, die zu besitzen der Stolz jedes Arbeiters sein sollte.

mk.